

Aufwärts

Bezugspreis:

Er erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.35 und 0.30 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfach 10 Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Die zweispaltige 20 Pfennig. Bei längerer Dauer und bei sonstigen Umständen nach Vereinbarung. — Druck und Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach 10 Hannover 67 377.

Nr. 115.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 17. Mai 1930.

12. Jahrgang.

Der Mensch hat nichts so eigen,
So wohl steht ihm nichts an,
Als daß er Treu erzeigen
Und Freundschaft halten kann.

Simon Dach.

Ein paar Paragraphen des Strafrechts.

Der neue Entwurf eines Strafgesetzbuches stellt auch die Beurteilung des Duells oder Zweikampfes mit Waffen auf eine neue rechtliche Basis. In den betreffenden Paragraphen heißt es:

„Der Zweikampf mit Waffen, durch den ein Ehrenhandel ausgetragen werden soll, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.“

Ebenso wird bestraft der Zweikampf mit Waffen und unter Bedingungen, mit denen eine Lebensgefahr oder die Gefahr eines erheblichen Schadens für die Gesundheit regelmäßig verbunden ist.

Hat der Zweikampf den Tod des Gegners zur Folge, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter einem Jahre.“

Ferner:

„Wer jemanden zum Zweikampf herausfordert oder eine Herausforderung annimmt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.“

Die Herausforderung und die Annahme werden straflos, wenn einer der Gegner den Zweikampf vor Beginn freiwillig aufgibt.“

Und über Anreizung zum Zweikampf:

„Wer jemand dadurch, daß er ihm Verachtung bezeigt oder androht, oder in ähnlicher Weise zu einem Zweikampf mit einem anderen anreizt, wird mit Gefängnis bestraft.“

Ebenso wird bestraft, wer jemand öffentlich Verachtung bezeigt, weil dieser eine Herausforderung zum Zweikampf unterlassen oder nicht angenommen hat, oder wer zu bewirken sucht, daß ihm andere aus diesem Grunde öffentlich Verachtung bezeigen.“

Ob diese Entwürfe Gesetz werden, bleibt abzuwarten. Darüber wollen wir aber keinen Zweifel lassen, daß die Mitglieder des Christlichsozialen Volksdienstes das Duell verurteilen und das Verbot des Zweikampfes sowie aller Maßnahmen, die zu seiner Durchführung getroffen werden, fordern.

Das Duell ist eine gesellschaftliche Rechtshilfe, die eine früher vom Staatsrecht bevorzugte Gesellschaftsschicht sich geschaffen hatte, weil sie sich der bürgerlichen, gesetzlichen Rechtshilfe für ihre Ehrensachen nicht bedienen wollte. Diesen Kreisen galt die Erledigung ihrer Ehrenhändel durch Geldstrafe oder Haft, bzw. Gefängnis nicht als ausreichend. Andererseits wollte man nicht an Gerichtsstellen erscheinen, um dem „gemeinen“ Volke nicht als das zu erscheinen, was man doch nun einmal ist: „Wir sind allzumal Sünder“ usw. Sie glauben, zur Auslösung einer Ehrenkränkung mit der Waffe Schläge austauschen oder Regeln wechseln zu müssen.

Wir wünschen, daß es für deutsche Staatsbürger nur ein Recht gibt, dem alle unterstehen. Soweit Ehrenhändel und Ehrengerichte innerhalb des Rahmens der deutschen Gesetze bleiben, also denselben nicht widersprechen, mögen sie hingehen.

Etwas anderes ist es mit sportlichen Einrichtungen und Kämpfen. Wir halten die Schlägermensur der Studenten für eine Übung, die wohl geeignet ist, Mut, Ueberlegung und Gewandtheit des jungen Mannes zu fördern. Dieselben Ziele aber sind durch viele andere Sportarten, wie sie im Turnen, Schwimmen, Ringen, Tennis, Ski, Rodeln, Rudern, Flugsport usw. geboten werden, zu erreichen.

Die Mensurpielerei hört ja oft schnell auf, sobald ein paar „akademische“ Narben das Antlitz des jungen Mannes „verschönern“.

Trotzdem, es wäre ungerecht, wenn man die Studentenmensur auf eine Stufe mit dem Duell bringen wollte.

Die „Deutsche Gesellschaft für Chirurgie“ legt sich in einer langen Erklärung für die Duldung der Studentenmensur ins Zeug. Die Gesellschaft spricht hier in eigener Sache. — Einmal tritt sie ein für das akademische Sportvergnügen und zum anderen muß man zugeben, daß die „Gesellschaft für Chirurgie“ sicher bei der Beurteilung solcher Verletzungen zuständig ist. Sie hat recht damit, daß die Mensur eine Art Kampfsport und kein Zweikampf sei. Immerhin, die Studentenmensur würde recht bald der Vergangenheit angehören, wenn studentische Hänfeleien, Liebeshändel usw. nicht mehr im „Kampfsport“ ausge-

tragen werden könnten. Recht hat die „Gesellschaft für Chirurgie“ auch in dem Vergleich zwischen der Schlägermensur und Bogen: Beide Sportarten sind in ihrem oft blutigen Ausgang brutale und rohe Kampfsportformen, die Anspruch auf Anerkennung auf Grund christlich-sittlicher Wertung nicht erwarten dürfen. Beide Sportarten sind von diesem Standpunkt aus — man denke an die oft unglaublich rohen und verrohenden Ausartungen — abzulehnen.

Die christlich-soziale Politik hat dem Zweikampf als Selbsthilfsjustiz von jeher, sowohl aus sozialem Gemeinschafts- und Gerechtigkeitsgeist wie aus christlich-religiöser Ueberzeugung heraus, ablehnend gegenübergestanden.

Bei der Behandlung des Stats des Reichsheeres am 22. 2. 1900 führte Abgeordneter D. Adolf Stöcker im Reichstage über den Zweikampf folgendes aus:

„Meine Herren, ich muß dem Abgeordneten Freiherrn von Hohenberg beitreten, wenn er einen Geistlichen rechtfertigt, der bei dem Begräbnis eines im Duell Gefallenen die geschehene Sünde rügt. Ein Geistlicher, der das nicht täte, würde seine Pflicht veräumen. Daß er es in taktvoller Weise tut, versteht sich von selbst. Ich habe aber kein Urteil, ob es in diesem Falle geschehen ist. In der Sache aber hat der Geistliche durchaus richtig gehandelt. Er würde Tadel verdienen, wenn er von der begangenen Sünde nicht spräche.“

Was das Duell selber betrifft, so ist viel und oft davon geredet worden. Daß das Duell widerchristlich und wider Gottes Wort ist, versteht sich für eine prinzipielle Auffassung von selbst. Daß ein schlimmer Widerstreit darin liegt, wenn das Gesetz eine Sache unter Strafe stellt und behördliche Einrichtungen sich damit einlassen, ist gleichfalls klar. Die Schwierigkeit liegt darin, daß über das Duell Meinungen vorhanden sind, die nur gewisse Klassen beherrschen und von anderen Teilen des Volkes gar nicht verstanden werden. Nun ist es in der Tat so, daß diese Kreise im Volke an dem Duell einen schweren Anstoß nehmen, weil sie darin einen Bruch der christlichen Lebensanschauungen erblicken und glauben, daß, wenn solche Dinge toleriert werden, man keinen Ernst macht mit der christlichen Lebensanschauung. Darin liegt die ungemessene Wichtigkeit und Gefahr der Sache.“

„Ich würde mich freuen, wenn es gelänge, das Duell ganz und gar in dem Bereiche des deutschen Volkes und der Armee abzuschießen. Das wäre ein großer Sieg des Christentums über ganz unberechtigte Empfindungen.“

Die Beurteilung des Zweikampfes ist für den Christlichsozialen Volksdienst die gleiche, wie sie damals durch D. A. Stöcker erfolgte. E. Hartwig, M.D.R.

Freidenker-Krise.

Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Freidenker unter sich keineswegs einig sind. In neuester Zeit spalten sich in zunehmendem Maße die sog. „Oppositionellen“ von der im „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung“ zusammengeflochtenen Mehrheit ab. Der Gesamtverband, der es bei den letzten Freidenker-Wahlen in Berlin auf 63000 Stimmen brachte, steht der Sozialdemokratie nahe, ohne sich indessen mit ihr formell zu identifizieren. Die Opposition, die durch die Veranstaltung der „Ja“ weiteren Kreisen bekannt geworden ist, vermochte bei denselben Wahlen 25500 Stimmen auf sich zu vereinigen. Beide Gruppen haben selbstverständlich ihre eigenen Pressorgane. Das Organ der Opposition ist die „Proletarische Freidenkerstimme“, das der Mehrheit „Der Freidenker“. Im einzelnen liegen die Verhältnisse in den verschiedenen Landesteilen nicht einheitlich. In manchen Gegenden ist die Trennung der Opposition von der Mehrheit auch organisatorisch bereits vollzogen; anderwärts ist der „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung“ noch immer das gemeinsame Sammelbecken für die verschiedenen Freidenkerrichtungen.

Betrachtet man das Freidenkertum als eine Art im Entstehen begriffene „Konfession“, so dürfte es wohl be- rechtigt sein, in den Oppositionellen die „orthodoxe Gruppe“ zu sehen, in den „Sozialfaschisten“ hingegen, in den „Konkordatssozialisten“, den „Gefährtesten und Geschorenen“, wie sie von ihren kommunistischen Brüdern bezeichnet zu werden pflegen, eine mehr „liberalere“ Richtung.

Besonders deutlich trat der Gegensatz zwischen den beiden Gruppen im Zusammenhang mit den Christenverfolgungen in Rußland hervor. Die gemäßigten Freidenker protestieren ebenso wie die katholische und evangelische Kirche — wenn vielleicht auch vornehmlich aus taktischen Gründen — gegen „die Aufhebung der Geistes- und Gewissensfreiheit in Rußland, die wilde Terrorisierung des religiösen Lebens, die völlige Preisgabe des

Toleranzgedankens auf dem Gebiete des Ideologischen und die Etablierung finstersten Gewissenszwanges“ und sahen darin „den Versuch einer Minderheit, dem Mittel- alter zu einer neuen Auferstehung zu verhelfen.“ (Friedrich Wendel). — Eine kommunistische Stimme sagt hierzu folgendes:

„Die russische Arbeiterschaft wie die internationale Arbeiterschaft wird auch in Zukunft alle Kräfte anspannen, um eine wirkliche Geistesfreiheit zu schaffen. Das ist aber nur möglich, wenn die deutsche und internationale Arbeiterschaft die russische Revolution verteidigt und selbst dazu übergeht, ihren Befreiungskampf zu organisieren. Dann werden auch Papst und Wendel zum Teufel geschickt werden, wo sie hingehören.“

Man braucht diesen beiden Stimmen kein Wort hinzuzufügen. Sie illustrieren deutlich genug die inneren Gegensätze im Freidenkerlager. Den liberalen Freidenkern wird von der Opposition bescheinigt, daß das preussische und anhaltische Konkordat „Verrat an der Arbeiterklasse“ sind. Dem gegenüber beschleunigen die Kommunisten das Tempo ihrer Kirchenaustrittspropaganda. Sie organisieren mit leidenschaftlicher Rührigkeit Anti-Kirchentage und rufen zu Demonstrationen auf.

Sehr interessant ist ferner die Tatsache, daß sich die liberalen und orthodoxen Freidenker nicht nur in ihrer Dogmatik, sondern auch in ihren Kulturforderungen unterscheiden. Von beiden Seiten werden Jugendweihen veranstaltet, die einen Ersatz für die christliche Konfirmationsfeier darstellen sollen. Es ist bezeichnend, daß der Tenor dieser Feiern durchaus verschieden ist. Die Kommunisten wollen, daß nur solche Musik vorgetragen wird, die „bei Ernst und Tiefe das Lebensbejahende, das Kampferische und Siegesgesehene unserer Klasse zum Ausdruck bringt“ (das rote Echo, Nr. 46). Sie vertreten die Ansicht, daß die meisten Jugendweihen, wie sie heute veranstaltet werden, noch eine Mischung von christlichen und einigen aufgeklärten proletarischen Elementen seien. Man müsse der Jugendweihen einen „frischen, jugendlichen und klassenkämpferischen Charakter“ geben. Vor allem müsse man sich von der Erinnerung an die christliche Einsegnung freimachen.

Auf der anderen Seite begnügen sich die „liberalen“ Freidenker vorerst damit, „die jungen Menschen in feierlicher Form auf den Ernst des Lebens hinzuweisen, dem sie nun bald selbständig gegenüberzutreten werden.“ (Volksblatt Halle Nr. 70). Auch die Bekenntnisablegung wird abgelehnt. Der Gedanke der „Aufnahme in die Gemeinschaft der Erwachsenen, die eine neue Gesellschaftsordnung anstreben“, sieht zwar äußerlich so aus, als habe er manches mit der entsprechenden kommunistischen Idee gemein. Trotzdem kann nicht zweifelhaft sein, daß auch in diesem Punkte die Opposition revolutionärer und die liberale Richtung zu gewissen Kompromissen bereit ist. Lediglich einen Punkt gibt es, in dem Opposition und Mehrheit einig sind. Das ist der Kampf gegen die Kirche. Beide Richtungen fordern unablässig zum Kirchenaustritt auf. Sowohl die sozialdemokratische als auch die kommunistische Partei haben in ihren Abgeordneten fast ausschließlich Dissidenten. Bei der letzten Kommunalwahl in Berlin konnte man nur dann sozialistischer Stadtverordneter werden, wenn man seinen Kirchenaustritt vollzogen hatte. Die Ablehnung der Kirche geht sogar so weit, daß nicht einmal die religiösen Sozialisten eine Ausnahme bilden. Auch ihnen wird praktisch aufschärfte der Kampf angelegt, obwohl das Parteiprogramm (wenigstens der Sozialdemokratie) die Frage der Konfessionszugehörigkeit zu einer Privatangelegenheit stempelt, und obwohl andererseits die religiösen Sozialisten immer wieder deutlich betonen, daß es ihnen vor allem darauf ankommt, entschieden sozialistisch zu sein. Die sozialdemokratische Presse nimmt keine absolut einheitliche Stellung ein. Sie bringt zwar gelegentlich Beiträge von religiös-sozialistischer Seite, läßt aber dabei ihre Skepsis und Abneigung sehr deutlich hervortreten. Im allgemeinen gehört es noch immer nicht zum „guten Ton“, als sozialdemokratisches Organ einem religiösen Sozialisten das Wort zu erteilen, ganz abgesehen davon, daß die Mitgliederzahl des „Bundes der religiösen Sozialisten“ in sehr kümmerlichen Grenzen geblieben ist und der Einfluß dieses Bundes innerhalb der sozialdemokratischen Partei praktisch ohne jede Bedeutung ist.

Neuerdings versuchen die Freidenker, Körperschaftsrechte zu bekommen. Unterirdische Verbindungen zwischen Zentrum und Linksparteien scheinen diesem Vorhaben günstig zu sein. Andererseits wird man mit Zug und Recht auf den Artikel 137 der Reichsverfassung verweisen dürfen, der besagt, daß nur an solche Religionsgesellschaften Körperschaftsrechte verliehen werden können, die „durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten“. Ob von einer solchen „Ge-

Jersehungsercheinungen, wie sie sich gegenwärtig im
Freidenkerlager abspielen, mehr als fraglich. Der „Ver-
band für Freidenkertum und Feuerbestattung“ ist heute
ganze 3 Jahre alt und schon jetzt ist er in der Auflösung
begriffen. Wer will die Garantie übernehmen, daß die
liberalen Orthodoxen sich nicht schon morgen abermals
unterteilen werden? Es ist mehr als wahrscheinlich, daß
sich zu der Orthodoxie und der liberalen Richtung eine
Mittelpartei gefellt, und es ist zumindest möglich, daß
die Orthodoxie ihrerseits in verschiedene Gruppen aus-
einanderbricht.

Die Christenheit aber tut gut, all diesen verschiedenen
Gruppen gegenüber auf der Hut zu sein und sich zu einer
festen und lebendigen Front zusammenzuschließen, um
auf alle Möglichkeiten gefaßt zu sein!

Grundbesitz und Volksernährung.

Eine Erwiderung an Herrn Dr. Stieger, Bevenfen.

Von Dr. jur. und Dr. scient. polit. Ludwig D. Pesl.

Professor der Staatswissenschaften, Universität Würzburg.

Herr Dr. Stieger hat mein im Verlage von Georg
Stilke, Berlin, erschienenes Buch „Grundbesitz und Volks-
ernährung“ teils lobend, teils tadelnd in Nr. 87 der „Bei-
lage des Aufwärt“ beurteilt; im folgenden habe ich zu
seinen Beanstandungen zu erklären:

1. Richtig ist, daß unser zum Teil auf ungesunder Kre-
ditgewährung beruhendes Wirtschaftsleben ein Schein-
leben ist, was auch unsere Volkswirtschaftler wissen, ohne
unter den Anschauungen des Materialismus, Monismus
oder Marxismus zu stehen, wenigstens glaube ich mich
selbst unabhängig von diesen Anschauungen und glaube
mir allen Wirtschaftsfragen gegenüber ein nüchternes
Urteil bewahrt zu haben, ohne mich von vorgefaßten Mei-
nungen leiten zu lassen.

2. Die zahlreichen von mir in ganz Deutschland besich-
tigten Fideikommiss- und sonstigen Großgüter waren mit
wenigen Ausnahmen gut bewirtschaftet. Wenn ich den
Ausdruck „musterhaft“ gebrauchte, so habe ich damit
nichts anderes sagen wollen, als daß man mit der Be-
wirtschaftung sehr zufrieden sein kann, selbst wenn im
einzelnen Falle noch eine gesteigerte Intensivierung mög-
lich wäre. Die eigentlichen „Mustergüter“ im technischen
Sinne pflegen sich erfahrungsgemäß nicht zu rentieren,
weil bei diesen Höchstleistungen ohne Rücksicht auf die
beste Rentabilität angestrebt werden, weshalb viele sol-
cher „Mustergüter“ im Besitz von öffentlich-rechtlichen
Körperschaften sind. Zu beachten ist allerdings auch, daß
das „Gefühl von abnehmendem Bodenertrag“ eine wich-
tige Rolle spielt, man wird also praktisch nur bis zu einer
bestimmten Grenze Meliorationen vornehmen, ohne daß
man deshalb solche Güter als nicht musterhaft bewirt-
schaftet bezeichnet werden kann.

3. Ich habe nicht so „getan“, als ob man den durch-
schnittlichen Milchertrag ohne weiteres verdoppeln
könnte, wohl aber, daß eine solche Steigerung ohne be-
sondere Mühe und Kosten zu erreichen wäre. Bei der
jetzigen Durchschnittsleistung von 1800 Liter Milch pro
Kuh trifft auf den Tag nur eine Menge von 5 Liter; es
wird kein Landwirt behaupten, daß 5 Liter schon eine
gute Leistung darstellen, wobei sehr zu berücksichtigen ist,
daß es sich um Durchschnitt handelt. Daraus folgt, daß

Millionen Kühe weit weniger als 5 Liter Milch geben,
sonst könnte diese Leistung nicht so gering sein, auch
wenn man die Zeiten berücksichtigt, in denen die Kühe
keine Milch geben oder die Milch für die Kälber brauchen.
Ich gebe aber zu, daß eine solche Steigerung gar nicht not-
wendig ist; denn die Gesamterzeugung an Milch, an
Trinkmilch, Butter und Käse beträgt rund 18,7 Milliar-
den Liter, während zur völligen Deckung des Bedarfs
22,3 Milliarden Liter erforderlich wären. Da eine Stei-
gerung der Produktion nur bei den Milchhöfen und
nicht bei den Kühen, die zur Milch- und Arbeitsleistung
dienen, möglich erscheint, so müßte die Tagesleistung der
vorhandenen rund 7 Millionen Milchhöfe um etwa 1 1/2
Liter täglich erhöht werden. „Ein Teil dieses Ergebnisses
könnte innerhalb eines Jahres erzielt werden, wenn je-
der Landwirt der besseren Pflege und Fütterung seiner
Kühe die erforderliche größere Aufmerksamkeit zuwen-
den würde.“ („Die Erzeugungs- und Absatzverhältnisse der
deutschen Vieh- und Milchwirtschaft.“ Bericht einer ameri-
kanischen Studienkommission. Berlin 1929, S. 82).—

4. Ich habe nicht bestritten, daß der mittlere und
Kleinbauer, vielleicht auch der Siedler, Getreide auf den
Markt bringen, aber darum handelte es sich für mich nicht,
sondern um die Tatsache, daß mit der Beseitigung jedes
großen Getreidegutes ein Fehlbetrag an Getreide ent-
steht, der doch nicht dadurch ausgeglichen wird, wenn auf
dem Boden eines Großgutes z. B. Hundert Bauern oder
Siedler angesiedelt werden, weil diese doch in erster Reihe
Viehhaltung haben; ich kenne keine Bauerngüter, die bloß
Getreide produzieren und sonst nichts.

5. Ich habe auch nicht bestritten, daß das Buch von
Aeroboe viel Gutes und Richtiges enthält; aber ich sehe,
daß er sich häufig widerspricht; so fordert er an der einen
Stelle seines Buches die Beseitigung aller Großgüter, an
einer anderen Stelle erklärt er, Großgüter in einem be-
schränkten Umfange zuzulassen. Mir war es natürlich,
soweit ich mich mit Aeroboe auseinandersetzte, darum zu
tun, das Falsche und Unzutreffende hervorzuheben. Dem,
was richtig ist, habe ich nichts hinzuzufügen. Ich be-
streite, in landwirtschaftlich-fachlichen Dingen Aeroboe ge-
genüber in einen überlegen belehrenden Ton verfallen zu
sein, da ich seine zahlreichen Arbeiten auf diesem Gebiete
wohl kenne und ich mir jederzeit bewußt bin, National-
ökonom, aber nicht „Ökonom“ zu sein, wenn ich mich
auch mit der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaftslehre
beschäftigt habe, wodurch man noch lange kein Landwirt
wird.

6. Den Satz: „daß der Großgrundbesitz weit intensiver
wirtschaftet und mehr Erträge von der gleichen Boden-
fläche gewinnt als der Kleinsiedler oder auch als regel-
mäßig der Bauer“, halte ich auf Grund meiner Erfahrun-
gen und Beobachtungen aufrecht. Daß der Bauer in man-
chen Fällen ebensoviel oder mehr von der gleichen Boden-
fläche gewinnt, habe ich anerkannt und deshalb das Wort
„regelmäßig“, dazu gesetzt. Aber immer meine ich selbst-
verständlich die Gewinnung der gleichen Bodenertrag von
gleicher Bodenfläche und vom Boden gleicher physikali-
scher und klimatischer Beschaffenheit.

7. Sehr scharf erhebt Herr Dr. Stieger Widerspruch
gegen meinen Satz, daß nirgendwo produktiv bewirtschaf-
teter Großgrundbesitz auch nur angestraft werden dürfte;
denn, meint Herr Dr. Stieger, an der Ostgrenze müßte
eine dichtere deutsche Bauernbevölkerung geschaffen wer-
den und da würden einzelne Großbetriebe weichen müs-
sen, auch wenn sie gut bewirtschaftet seien. — Theoretisch

ist diese Forderung durchaus begründet und es muß tat-
sächlich alles getan werden, um die Ostmarken zu erhal-
ten. Nur sollte Herr Dr. Stieger auch sagen, wie man
das macht. Ich habe in meinem Buche hervorgehoben,
daß allein in den Jahren von 1910 bis 1925 nicht weni-
ger als 135 000 Menschen aus Ostpreußen abgewandert
sind, daß in bloß drei Jahren — von 1925 bis 1927/28 —
in Ostpreußen allein 475 landwirtschaftliche Anwesen mit
insgesamt über 100 000 Morgen zwangsweise versteigert
wurden: wo soll man da mit dem großzügigen Siedeln
beginnen? Wäre es nicht schon ein großes Verdienst,
wenn man diese durch die Zwangsversteigerung
vertriebenen Besitzer erhalten hätte? Dabei hat die
Abwanderung noch weiter zugenommen wie auch die
Zahl der Zwangsversteigerungen. In ganz Preußen
wurden in den letzten fünfundsiebenzig Jahren
vor Kriegsausbruch rund 40 000 Siedlungen (Rentengü-
ter) geschaffen, gewiß eine große Leistung, aber was be-
deuten diese gegenüber der Zahl der Abgewanderten?
Wenn schon die jetzigen Betriebe in Ostpreußen nicht exi-
stieren können, wie sollen die Neusiedler bestehen kön-
nen? Die Hauptschuld an dieser verderblichen Lage der
ostpreussischen Landwirtschaft tragen verschiedene Um-
stände, vor allem der sogenannte polnische Korridor, die
dadurch noch verstärkte Unrentabilität der Güter, die all-
gemeine sonstige Landflucht, die nicht aufzuhalten ist, so-
lange nicht die Zuwanderungen in die Städte verboten
werden und noch manches andere. Herr Dr. Stieger
bringt ja selbst ein bezeichnendes Beispiel für die Erhal-
tung des deutschen Besitzes in Ostpreußen. Ich selbst
würde einen Weg zur Lösung nur darin sehen, daß inner-
halb weniger Jahre einige Zehntausende von Neusied-
lungen geschaffen werden und zwar nicht über die ganze
Provinz zerstreut, sondern in großen Gruppen, so daß
damit auf dem Wege der Genossenschaftsbildung ein Ab-
satz einigermaßen gesichert ist. Doch würde die Erörte-
rung dieser Frage hier zu weit führen. Nur ist zu bemer-
ken, daß eine großzügige Siedlung von nur 10 000 Stellen
rund 200 Millionen M.Rk. kosten würde; aber mit 10 000
Stellen ist nichts erreicht, es müßten mindestens 50 000
sein oder mehr. Die Gelder hierfür stehen nicht zur Ver-
fügung. Ähnlich ist es in den übrigen Grenzgebieten,
so in Schlesien und in der bayerischen Oberpfalz, wobei
am 8. Mai der preussische Ministerpräsident den bayeri-
schen Wunsch nach einer Hilfe für die östlichen Grenzbe-
zirke als grotesk bezeichnete (nach Pressemeldungen).

8. Herr Dr. Stieger sieht einen großen Widerspruch
darin, daß ich von Ueberbevölkerung von 20 Millionen
spreche und an anderer Stelle von Millionen Hehlern
Unlandes. Das ist kein Widerspruch, weil wir diese Un-
landflächen nur mit ungeheuren Geldmitteln in Kultur-
land verwandeln können, was außerdem die Arbeit von
Jahrzehnten bedeuten würde. Wenn es so weitergeht,
dann werden von Jahr zu Jahr immer mehr Landwirte
nach überseeischen Ländern auswandern. Warum wan-
dern gerade Bauern aus allen Teilen des Reiches aus?
Weil die Landwirtschaft sich nicht rentiert und die Bauern
lieber in ein Land gehen, wo ihnen ihre Arbeit auch ent-
sprechend entlohnt wird, d. h. wo ihnen die Früchte ihrer
Arbeit verbleiben, was bei uns nicht der Fall ist.

9. Herr Dr. Stieger stimmt Aeroboe zu, daß manche
Wälder abgeholzt werden, um Boden für die Landwirt-
schaft zu gewinnen. Hierzu bemerke ich bloß, was ich be-
reits sagte, daß wir bald landwirtschaftlichen Boden ge-
nug haben, wenn die Ab- und Auswanderungen in der

„Neuzeit und Haushalt“.

Hausfrauenausstellung in Kassel.

Es gehört eine gute Dosis Optimismus dazu, eine
solche Ausstellung in größerem Rahmen zu wagen. Ist
doch „Haushalten“ schwerer denn je in der „Neuzeit“, so
daß schon in den zwei Worten ein Gegensatz liegt. Sooft
Haus halten das Sich-Befinden mit dem Alten und
Neuzeit das Anschaffen neuer Dinge bedeutet, tritt
dieser Gegensatz zutage und wirkt sich unmittelbar auf die
Lebensführung aus: Wo man aus Geldmangel mit dem
Alten vorlieb nehmen muß, wird die Wirtschaft oft rück-
ständig; und wo durch Wohnungs- oder Arbeitsverhält-
nisse gezwungen, der Haushalt sich neuzeitlich einrichten
muß, ist die Endwirkung oft ebenso materielle und fi-
nanzielle Belastung. Beides wirkt sich hemmend, wenn
nicht zerstörend aufs Familienleben aus; das eine mehr
auf dem Lande, wo die neuzeitlichen Arbeitsmittel
aus Geldmangel nicht genügend zur Arbeitsvereinfachung
der Hausfrau eingesetzt werden können, das andere mehr
in der Stadt, wo die Ausnutzung aller erdenklichen Fort-
schritte gar zu leicht Verschuldung, Ablenkung der Haus-
frau von ihren höchsten Aufgaben und damit ebenso Ge-
fährdung des Familienlebens bedeutet, nachdem es an
sich schon viel schwerer im innersten Sinn aufrecht erhal-
ten werden kann.

So klang im Unterton durch die ganze Veranstaltung
der Ruf vieler sorgengequälter Hausfrauen: Wer hilft
uns aus unserer Ueberlastung und aus der Fruchtlosig-
keit unserer Arbeit wieder zur Kraft, auch die innersten
Aufgaben als Mutter und Weib zu erfüllen? Im Mittel-
punkt der Tagung gab Frau v. d. Malsburg am Land-
frauentag diesem Gedanken folgenden Ausdruck: „Das
Verhältnis der Arbeitsmenge zu den Arbeitsbewälti-
gungsmitteln ist vielfach ein sehr schlechtes geworden. Die
Folge ist eine Störung der Harmonie im Gesamthaus-
halt. Dieser Haushalt ist eben nicht nur, wie man das im
Lexikon erklärt findet, „unter Hauswirtschaft“ unterzu-
ordnen, sondern ist der Hauptbegriff, in dem die Haus-
wirtschaft nur einen Teil bedeutet, nämlich den Teil, der
sich mit der dinglichen Einrichtung und Durchführung be-
faßt.“ Und weil eben diese Hauswirtschaft auf dem
Lande zu viel, in der Stadt manchmal zu wenig, die Haus-
frau beansprucht, darum fehlt die Harmonie im Gesamt-
haushalt.

In diesem Gedanken, die Harmonie wiederherzustel-
len, vereinigen sich alle aufbauenden Bestrebungen der
Hausfrauvereinigungen wie der Industrie und des Ge-
werbes, und unter diesem Gesichtspunkt war eine Aus-
stellung wie diese mit gesicherter Aussicht auf Erfolg
durchführbar.

Wie sollten Frauen vom Lande an arbeits- und mate-
riallparenden Neuerungen wie nichtrostendem Geschirr,
Eisbedachbüche, Fruko-Dampfkocher, feuerfesten Koch-
geschirren, durchsichtigen Behältern für Mehl, Gries und
Zucker usw. im Küchenschrank, an zweckmäßig angeord-
neten und gebauten Wohn-Räumen vorübergehen könn-
en, ohne den Wunsch, sich diese Fortschritte zunutze zu
machen? Nicht weniger Interesse fanden die Stände der
ländlichen Hausfrauen, auf denen einfache und billige
Nahrungsmittel mit zugleich höchstem Nährwert aus-
gestellt waren: Plätzchen aus Quark, Roggenbrötchen und
Roggenkuchen, Kartoffelgebäck und Speisen jeder Art —
sie alle hatten leider einen mehr oder minder ungün-
stigen Platz in der Ausstellung und erzielten durch die ge-
trennte Anordnung in den vielen Räumen und Treppen
keine eindrucksvolle Wirkung, aber haben doch wohl
manchem gezeigt, wie aus wenig viel gemacht werden
kann, wenn man das „wie“ kennt. Für die hastende
Hausfrau stellten viele Nahrungsmittelfabriken ihre Er-
zeugnisse aus, die es erlauben, auch in kürzester Zeit ein
schmackhaftes Mahl zu bereiten. Manchen neidischen Blick
konnte man beobachten, als der Verein für deutsche Frau-
enkultur entzündende Kleider durch einige kunstfreundige
Mädchen zeigte. Anpassung an den Verwendungszweck,
gesundheitlich einwandfrei und schlicht! sind Ziele, die
jeder unterstützen kann; sie waren an einer Reihe Kleider
mustergerichtlich erreicht. Ganz besonders schön wäre es,
wenn der Wunsch vieler deutscher Frauen in Erfüllung
ginge, daß arbeitsfreie Wintermonate recht ausgiebig von
denen, die Zeit dazu haben, zum Selbstweben ausgenützt
würden. Viele handgewebte Kleider waren in dieser Rich-
tung die beste Werbung.

Zwei Mängel haben die Wirkung der Ausstellung
merklich gehindert: Die Unterbringung in zum Teil dun-
ken und ungünstigen Räumen und die fehlende Klarheit
einer Einteilung. Vielleicht haben wirtschaftliche Gründe
mitgesprochen oder die Raumfrage, daß man nicht klar
in Wohnung, Nahrung, Kleidung und hauswirtschaftliche
Bildungsfragen getrennt hat. Wünschenswert erscheint

mir eine solche Einteilung. Auf den größeren Ausstellun-
gen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat sie sich
in entsprechender Abwandlung seit langem bewährt. So
konnte auch die beabsichtigte Werbung für die vielen,
alten Hausrezepte in Roggengebäck, Kartoffel- und
Milchspeisen leider nicht voll zur Wirkung kommen. Und
wenn auch Frau v. d. Malsburg vor fast 2000 Frauen,
Männern und Mädchen ermahnte, auf dem Lande die Er-
zeugung von vornehmere auf den Absatz an den Städt
einzustellen durch Sortierung und rechte Behandlung der
Ware, und auf der anderen Seite von der städtischen
Hausfrau verlangte, sich auf gute und billige deutsche Kost
zu besinnen, — viele Landfrauen und Landwirte haben
den Eindruck mit nach Haus genommen: in der Werbung
für unsere Waren ist nur ein ganz schwacher, kleiner
Anfang gemacht. Hoffentlich kann der Erfolg der Ge-
samtausstellung helfen, beim nächsten Mal den Mangel
weiter zu bekämpfen.

Stürmischen Beifall ernteten die gewandten Schü-
rinnen der Dunkelsten Tanzschule. Es wird mancher
Frau vom Lande wie mir gegangen sein, daß sie solche
Leistungen von Kindern und heranzwachsenden Mädchen
noch nicht gesehen hat. Könnte solche Körperkultur doch
überall wenigstens im Grundgedanken erstrebt und ver-
wirklicht werden! Die Form der Darbietungen hat nicht
jeden voll befriedigt.

Alles in allem können wir mit der Vorstehenden des
Verbandes ländlicher Hausfrauvereine Rurheffens und
(nun auch) Waldecks wünschen, daß der feste Zusamen-
schluß erreicht wird „zur Lösung der Schicksalsfrage: wie
können wir die Arbeitsmängel beseitigen, ohne das Fa-
milienleben zu zerstören? Möchte die Quelle der Kraft
von oben, nach der wir Landfrauen uns sooft umsehen,
wenn auf menschlicher Seite alle Tore verschlossen sind,
uns immer immer wieder fließen! So möchte
ich unserer Arbeit auch heute wieder den
einen Gedanken zugrunde legen: unser Ziel ist
die Freiheit vom Joch der Feinde und von den
Lasten — aus eigener Kraft! Aber wir wissen, daß un-
sere Kraft nicht reichen wird angesichts der Größe dieser
Aufgabe ohne den Herrgott, von dem wir auch sonst den
Segen für unsere Landfrauenarbeit erwarten. Darum
stelle ich über den Tag mit dem Streben der Hausfrau
nach Freiheit von ihren vielen Lasten den Gedanken:
„Gott, mach uns frei!“
R. Streckert, Freilahr.

bisherigen Beifall
daß Freiherr von
Förderung der in
für Siedlungen
10. Herr Dr.

ich die Stuhlpfand
daß es schwer ist
als Zug und Sp
schäftlich läßt es
Million Kühe al
ist die Ruhanpa
Dem Schluff
und ganz zu: „A
ferem Staatslebe
rung unseres Ba
hant!“ Das kan
ich die Landwir
lage eines Staat
rung der Landw
die aber deshal
braucht. Aber id
Standpunkte: Die
man dafür, daß
lichen Betriebe
Wenn ein Dorf
nicht Holz und
das doch auch m
man das Dorf
zugrunde geht,
bleiben. Besitz
siedlungen, wenn
Ueberschüsse meh
daß die Siedlung

Das D
Beitragsverhöhu
Jugendlichen-He
Abgesehen
haushaltplanens
tag, der am De
aufnahm, in de
rigen Frage der
eine Entscheidung
diesem Zweck zu
von dem Vorst
mittlung und
achten.
Nach diese
wechselfellen Ba
große Minderhe
vertreter in der
für 1930 mit
Arbeitslose
800 000 Verheir
Angeklagte
markt würden d
beitsvermittlung
alles beim alte
nahmen überstei
ausgeben will,
sich jetzt daru
tionen Markt zu
entsprechenden

Der Vorsta
Gutachten beide
lung der Au
Einnahmen. D
nehmen aufzul
von gegenwärti
werden. Bei d
größte Vermitt
hauptunter
Sohn! Lassen
unterstützung
nur insoweit er
Jahr beschäftigt
sollen nicht verr
Zwölf Mil
geparbt werden,
der Schurtenau
markt auswirkt,
eine Arbeitslo
soll für diese Kr
Nahrung mit de
für diese Kreis
Sozialversicherung
Weichsautlast si
acht Millionen
an Personen für
Weitere M
des ländlichen
sicherung, sowei
belt, die Bersi
schäftigungen, d
beitsfürsorge, d
Arbeitsunterstüt
lofenunterstütz
hinderloser Ehe
bielt der Vorst
me in d e s t i n f
Im übrigen spr
hatte Arbeitsm
Arbeitsunterstütz
Die Gesam
versicherung ge
veranschlagt, so
75 Mill. M. D
Schlichter und
Kabinett und d
lassen kann. Z
den Gutachten
werden, welche
ausgearbeitende
beitslosenberuf
lungen werden

es muß tat-
chen zu erhal-
gen, wie man
ervorgehen,
25 nicht weni-
abgewandert
bis 1927/28 —
Anwesen mit
weise versiege-
tigten Siebeln
des Verdienst,
sübersteigerung
dabei hat die
wie auch die
anz Preußen
unzig Jahren
en (Rentengü-
aber was be-
gewanderten?
ußen nicht exi-
bestehen kön-
sichene Lage der
schiebene Um-
Korridor, die
Güter, die all-
uhalten ist, so-
städte verboten
Dr. Stieger
für die Erhal-
en. Ich selbst
nen, daß inner-
von Neufied-
über die ganze
spensiedlungen,
ildung ein Ab-
die Erörte-
ist zu bemer-
10 000 Stellen
deftens 10 000
nicht zur Ver-
Grenzgebieten,
berpfalz, wobei
nt den bayeri-
Grenzbe-
emeldungen).
en Widerspruch
20 Millionen
onen Schikaren
wir diese Um-
teln in Kultur-
die Arbeit von
so weitergeht,
mehr Landwirte
Warum wans-
Reiches aus?
und die Bauern
Arbeit auch ent-
die Früchte ihrer
Fall ist.
zu, daß manche
die Landwirt-
loß, was ich be-
schen Boden ge-
erungen in der
eren Ausstellun-
haft hat sie sich
n bewährt. So
für die vielen,
Kartoffel- und
kommen. Und
2000 Frauen,
a Lande die Er-
den Städte
Behandlung der
der städtischen
deutsche Kost
andwirte haben
in der Werbung
wacher, kleiner
Erfolg der Ge-
al den Mangel
bandten Schüle-
wird mancher
daß sie solche
enden Mädchen
perschulung doch
streibt und ver-
erungen hat nicht
Vorfinden des
Kuchessens und
este Zusammen-
dalsfrage: wie
e, ohne das so-
uelle der Kraft
sooft umfassen
perschulung sind,
So möchte
wieder den
unser Ziel ist
und von den
wissen, daß un-
er Größe dieser
r auch sonst den
warten. Darum
n der Hausfrau
den Gedanken:
ecker, Friglar.

bisherigen Weise sich fortsetzen. Ich habe auch erwähnt, daß Freiherr von Gagl, der Leiter der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, erklärte, daß Boden für Siedlungen genug vorhanden ist.
10. Herr Dr. Stieger stimmt mir auch nicht zu, wenn ich die Ruhanpannung ungünstig beurteile. Ich gebe zu, daß es schwer ist, den kleineren Besitzern andere Tiere als Zug und Spanntiere zu verschaffen; aber volkswirtschaftlich läßt es sich nicht rechtfertigen, daß über eine Million Kühe als Zugtiere verwendet werden; jedenfalls ist die Ruhanpannung ein — leider notwendiges — Übel.
Dem Schlusssatz Herr Dr. Stiegers stimme ich voll und ganz zu: „Möchten nur bald die Verhältnisse in unserem Staatsleben sich so ordnen, daß endlich die Vermehrung unseres Bauernstandes kraftvoll angepackt werden kann!“ Das kann niemand mehr wünschen als ich, der ich die Landwirtschaft als die erste und wichtigste Grundlage eines Staates betrachte. Die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft ist wichtiger als die Industrie, die aber deshalb nicht etwa vernachlässigt zu werden braucht. Aber ich stehe in der ganzen Agrarfrage auf dem Standpunkte: Bevor man neue Siedlungen schafft, Sorge man dafür, daß die bereits vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe erhalten und rentabel gestaltet werden. Wenn ein Dorf in Flammen steht, pflegt man doch auch nicht Holz und sonstiges Baumaterial herbeizuschleppen, das doch auch mitverbrennen würde, sondern zuvor sucht man das Dorf zu retten. Wenn unsere Landwirtschaft zugrunde geht, werden die Neusiedlungen nicht erhalten bleiben. Besitzfestigungen sind heute wichtiger als Neusiedlungen, wenn die Bauernbetriebe zu 80 v. H. keine Ueberflüsse mehr abwerfen, dann ist es unwahrscheinlich, daß die Siedlungen mehr Erfolg haben. —

Das Reform-Gutachten.

Beitragssteigerung auf 4 Prozent. — Fortfall der Jugendlichen-Unterstützung. — Einsparungen bei den oberen Lohnklassen.

Abgesehen von der Verabschiedung des Reichshaushaltsplanes für das laufende Jahr muß der Reichstag, der am Donnerstag seine Verhandlungen wieder aufnahm, in den nächsten Wochen auch in der schwierigen Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung eine Entscheidung fällen. Den Ausgangspunkt der zu diesem Zweck zu führenden Verhandlungen bildet ein von dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge erstattetes Gutachten.

Nach diesem Gutachten, das im einzelnen mit wechselnden Mehrheiten und zuweilen gegen eine sehr große Minderheit der Arbeitgeber- oder Gewerkschaftsvertreter in der Reichsanstalt abgefaßt worden ist, ist für 1930 mit einem Durchschnittssatz von 1500 000 Arbeitslosen zu rechnen. — Als man die Arbeitslosenversicherung einführt, rechnete man noch mit 800 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt!

Angesichts dieser schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt würden die Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge 1930, wenn alles beim alten bleibt, um 335 Mill. M. die Einnahmen übersteigen. Da nun aber derjenige, der etwas ausgeben will, zuvor etwas besitzen muß, handelt es sich jetzt darum, entweder die Ausgaben um 335 Millionen Mark zu senken oder die Einnahmen um einen entsprechenden Betrag zu erhöhen.

Der Vorstand der Reichsanstalt empfiehlt in seinem Gutachten beide Maßnahmen, also sowohl die Drosselung der Ausgaben als auch die Erhöhung der Einnahmen. Die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringenden Beiträge sollen danach von gegenwärtig 3½ auf 4% in Notzeiten erhöht werden. Bei der Drosselung der Ausgaben soll die größte Verminderung durch die Senkung der Hauptunterstützung für die fünf oberen Lohnklassen auf die geltenden Sätze der Krisenunterstützung erzielt werden. Die Senkung soll jedoch nur insoweit erfolgen, als diese Arbeitslosen kein volles Jahr beschäftigt worden sind. Die Familienzuschläge sollen nicht vermindert werden.

Probiert Millionen Mark sollen ferner dadurch eingespart werden, daß während der Jahre, in denen sich der Geburtenausfall der Kriegsjahre auf dem Arbeitsmarkt auswirkt, Jugendliche bis zu 17 Jahren keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Gleichzeitig soll für diese Zeit der Bezug der Arbeitslosenunterstützung mit dem 65. Lebensjahre erlöschen, weil für diese Kreise dann ja der Rentenbezug aus der Sozialversicherung einsetzt. Nach den Statistiken der Reichsanstalt sind bisher im Jahresdurchschnitt etwa acht Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützungen an Personen über 65 Jahre ausgegeben worden.

Weitere Anregungen betreffen die Einbeziehung des ländlichen Dienstpersonals in die Arbeitslosenversicherung, soweit es sich nicht um Jahresverträge handelt, die Versicherungsfreiheit für geringfügige Beschäftigungen, das Verhältnis zur gemeindlichen Arbeitsfürsorge, die Dauer des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung nach vorhergehendem Bezug der Krisenunterstützung, auch die Senkung der Arbeitslosenunterstützung bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit anderloser Ehegatten. Zur Krisenunterstützung hielt der Vorstand die Übernahme des Gemeindefunktionärs als das Reich für geboten. Im übrigen sprach er sich im Hinblick auf die krisenbedingte Arbeitsmarktlage für eine Ausdehnung der Krisenunterstützung aus.

Die Gesamtsumme, die damit für die Arbeitslosenversicherung gewonnen wird, wird auf 260 Mill. M. veranschlagt, so daß also auch in diesem Falle noch für 75 Mill. M. Deckung beschafft werden müßte.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen Vorschlägen der Reichsanstalt um Anregungen, die das Kabinett und der Reichstag beachten oder unbeachtet lassen kann. Zunächst wird sich das Kabinett mit dem Gutachten befassen, um sich darüber schlüssig zu werden, welche Punkte daraus es für das von ihm ausgearbeitete Programm zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung übernehmen will. Die Verhandlungen werden sich sehr schwierig gestalten.

Zwischen zwei Fronten.

Frankreich.

Die Besprechung Briand-Curtius ergebnislos.

Genf, 15. Mai. Der französische Außenminister Briand suchte am Donnerstag nachmittag Dr. Curtius im Hotel „Metropole“ zu einem Gegenbesuch auf. Ein praktisches Ergebnis ist jedoch in dieser Besprechung, wie mitgeteilt wird, nicht erzielt worden. Ueber die Räumung, wie sie in der Haager Abmachung zum 30. Juni festgelegt worden ist, ist jedoch als solche nicht gesprochen worden, da man auf deutscher Seite die endgültige Räumung als eine selbstverständliche, nicht weiter zu erörternde Frage ansieht.

Italien.

Das deutsch-italienische Verhältnis

Genf, 15. Mai. Ueber die Aussprache, die Curtius am Mittwochabend mit Grandi hatte, wird nunmehr mitgeteilt, daß in dieser Unterredung die gesamten europäischen Probleme und insbesondere die grundsätzliche Haltung in der Völkerbundspolitik zwischen den beiden Außenministern behandelt worden seien. Auf deutscher Seite gibt man der Befriedigung über den Verlauf dieser sehr offenen Aussprache Ausdruck und hebt hervor, daß hierbei auch die großen gemeinsamen Interessen zwischen den beiden Ländern festgelegt worden seien. Es wird ferner betont, daß die Aussprache bei beiden Teilen einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen habe. Auch auf italienischer Seite zeigte man sich mit dem Ergebnis dieser Unterredung voll befriedigt und weist auf die Gemeinsamkeit der deutsch-italienischen Interessen auf verschiedenen Gebieten der europäischen Politik und insbesondere in den grundsätzlichen Fragen der Völkerbundspolitik, insbesondere in den Abrüstungs- und Sicherheitsfragen hin.

Poincaré heßt wieder.

„Keine Veranlassung zur Kapitulation in der Saarfrage.“

— Paris, 16. Mai.

Der frühere französische Ministerpräsident Poincaré veröffentlicht einen geschäftigen Artikel gegen Deutschland, in dem er schreibt, in der Saarfrage wolle Deutschland alle Vorteile für sich einstecken, aber Frankreich „habe keine Veranlassung, in der Saarfrage zu kapitulieren.“ Die Bevölkerung müsse 1935 abstimmen.

Ferner beschäftigt sich Poincaré mit den auswärtigen Beziehungen Deutschlands und meint dabei, die deutschen Beziehungen zu Rußland seien verhängnisvoll. Die russischen Fabriken schienen Kriegsmaterial für Deutschland herzustellen. Wenn nun Deutschland die allgemeine Abrüstung verlange, dann müsse Frankreich

Zeppelinhalle verschleudert.

Für 2500 M. von der Besatzungsbehörde. — Abbruch beginnt am 15. Juni.

— Trier, 16. Mai.

Auf Anordnung der Besatzungsbehörde wurden in Trier die große Zeppelinhalle und ein anschließender Flugzeugschuppen versteigert. Das Auswärtige Amt hatte rechtzeitig gegen den Verkauf dieser Anlagen auf Abbruch Einspruch erhoben, weil die Zeppelinhalle für die deutsche Zivilluftfahrt verwendungsfähig war, doch hat sich die französische Regierung darüber hinweggesetzt.

Bei der Versteigerung gaben die anwesenden deutschen und luxemburgischen Firmen kein Gebot ab. Der Zuschlag wurde der elssässischen Firma Max in Mühlhausen erteilt. Der Kaufpreis für die Zeppelinhalle, die einen Reaktor von etwa eineinhalb Millionen Mark hatte, betrug nur 15 000 französische Franken — d. i. etwa 2500 Mark! Die Flugzeughalle, deren Wert 200 000 M. betrug, wurde für rund 1600 M. verkauft.

Der Abbruch der Hallen muß am 15. Juni beginnen.

Verdoppelung der Grundsteuer.

In Preußen ab 1. Juni. — Der Gesetzentwurf dem Landtag zugegangen.

— Berlin, 16. Mai.

Dem Preussischen Landtag ist nunmehr der Gesetzentwurf über die Verdoppelung der Grundsteuer zugegangen. Inkrafttreten soll der Gesetzentwurf — sofern ihm das Plenum zustimmt — am 1. Juni 1930. Der Mehrertrag aus dem Steuerertragssteuern soll zur Deckung des Haushaltsdefizits in Höhe von 110 Mill. M. verwendet werden.

Soweit die Grundstücke von dem Steuerpflichtigen zu eigenen Wohn- oder gewerblichen Zwecken benutzt werden, wird der erhöhte Zuschlag bei Wohnräumen bis zur Höhe von 4 v. H. des Jahresfriedensmietwertes von 600 in den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A bzw. 300 Mark in der Ortsklasse D nicht erhoben. Gleichfalls nicht erhoben wird der erhöhte Zuschlag bei gewerblichen Räumen bis zur Höhe von 4 v. H. des Jahresfriedensmietwertes von 2400 M. in den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A und 1200 Mark in der Ortsklasse D. Die Klasseneinteilung bestimmt sich nach dem Ortsklassenverzeichnis für die Gewährung von Wohnungsgeldzuschlägen an die Reichsbeamten.

In den weiteren Bestimmungen wird festgelegt, daß die erhöhten Staatszuschläge zu erlassen sind, wenn Mieträume ohne Rücksicht auf den Steuerpflichtigen leer stehen. Die Freizeichnungsbestimmungen sind ferner noch anzuwenden für die nach dem 31. März 1924 fertiggestellten Wohnungsbauten für die Dauer von fünf Jahren.

dazu erklären: „Nach Ihnen, meine Herren! Wir ginnen wir damit, indem wir zunächst Ihre militärischen Rüstungen nachprüfen.“

Auch Minderheitenbeschwerde vertagt.

Unter Protest Deutschlands. — Curtius fordert Beschleunigung der Abrüstung.

Der Völkerbundsrat erledigte in rascher Aufeinanderfolge die Restfragen seiner Mai-Tagesordnung. Bei der Erörterung des Tätigkeitsberichts des Sicherheitsausschusses nahm Reichsaussenminister Dr. Curtius Gelegenheit, angesichts des nichtbefriedigenden Ergebnisses der bisherigen Abrüstungs„arbeit“ einen Appell an die Mächte zu richten, im Interesse brauchbarer Vorschläge für die Organisation des Friedens vermehrte Anstrengungen zu machen.

Die vom Sicherheitsausschuß entworfenen Vorträge werden im September die Vollversammlung des Bundes beschäftigen.

Zu der Beschwerde der deutschen Rassenärzte in Ostoberschlesien über ihre Entlassung auf Grund nichtbestandener Prüfungen in der polnischen Sprache machte ein Japaner als Berichterstatter den Vorschlag, die Beschwerde zu vertagen, um zunächst ein neues Gutachten einzufordern. Reichsaussenminister Dr. Curtius protestierte gegen diese erneute Verschiebung einer zur Entscheidung längst reifen Frage und verwies darauf, daß Polen sich gewiegert hat, der Entscheidung des Präsidenten der Schiedsgerichtskommission, Calonder, die Rassenärzte wieder einzustellen und sie einer neuen, nicht künstlich erschwerten Sprachprüfung zu unterziehen, nachzukommen.

Der Völkerbundsrat beschloß trotzdem die Zurückstellung der Beschwerden bis September. Reichsaussenminister Dr. Curtius ersuchte den Rat, wenigstens die polnische Regierung zur Beschleunigung ihrer etwas langwierigen „Untersuchungen“ zu veranlassen, sowie ferner dafür Sorge zu tragen, daß den Mitsmitgliedern in Zukunft das gesamte Material vorgelegt wird.

Schlusssitzung des Rates.

Die Mattagung des Völkerbundrates wurde nunmehr mit einer Geheimhaltung beendet. Wie verlautet, machte der englische Außenminister Henderson in dieser Sitzung Mitteilungen über die Zusammenfassung des Ausschusses, den die englische Regierung zur Regelung der Klagemauer-Angelegenheit nach Palästina entsenden wird. Die nächste Ratssitzung findet am 5. September statt; die Vollversammlung des Völkerbundes am 10. September.

Reichsaussenminister Dr. Curtius wird noch im Laufe des heutigen Tages die Rückreise nach Berlin antreten.

Die Landwirtschaft wird von der Verdoppelung der Grundsteuer nicht betroffen, da das Gesetz nur auf städtischen Grundbesitz Anwendung findet.

Neuregelung der Krankenversicherung.

Vorbereitungen im Arbeitsministerium. — Beschlüsse des Haushaltsausschusses.

— Berlin, 16. Mai.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags führte die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums zum Abschluß. Minister Stegerwald kündigte eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf neue Berufsgruppen an. Ferner sei das Ministerium mit Vorbereitungen für eine Neuregelung der Krankentassenversicherung beschäftigt. Bei der Reichs-Krankentassenversicherung werde zurzeit die Befestigung der Doppelversicherungen erwogen.

Bei den Abstimmungen wurde eine Entschliebung angenommen, die Material über den Ausbau der Invalidenversicherung anfordert. Der Anlag für Unterstütungen an Empfänger von Werksrenten wurde von drei auf 3½ Mill. Mark erhöht.

Stiftungsgesetz vom Rabinett verabschiedet.

— Berlin, 16. Mai.

Das Reichskabinett hielt unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Brüning eine neue Kabinettsitzung ab und beendete die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Hilfsmittelmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Reichs. An der Sitzung nahmen Vertreter des preussischen Staatsministeriums, der Reichsbank, der Preussenkasse und der Rentenbankkreditanstalt teil. Das Stiftungsgesetz geht nunmehr unverzüglich den gesetzgebenden Körperschaften zu.

Starke Ausfuhrückgang. Der deutsche Außenhandel weist im April wieder einen Ausfuhrüberschuß und zwar in Höhe von 88,5 Mill. M. aus, während im März ein Mißsaldo von rund 170 Mill. M. erzielt worden war. Der Export von Fertigwaren ist um fast 100 Mill. M. gesunken. Auf der anderen Seite haben die Rohstoffeinfuhren der Industrie einen Tiefstand erreicht, der vielleicht zum Teil auf ungenügenden Zustrom von Auslandskapital, zum Teil wohl aber auch auf hohe Läger oder niedrige Bedarfschätzungen, also geringe Konsumturchschätzungen, schließen läßt.

Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau abgelehnt.

— Berlin, 16. Mai. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags lehnte einen kommunistischen Antrag auf Einführung der Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau mit großer Mehrheit ab.

Auf der britischen Marinewerft von Chatham wurde ein neues „Regenbogen“ benanntes Unterseeboot vom Stapel gelassen.

Zerfahrenheiterscheinungen, wie sie sich gegenwärtig im Freidenkerlager abspielen, mehr als fraglich. Der „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung“ ist heute ganze 3 Jahre alt und schon jetzt ist er in der Auflösung begriffen. Wer will die Garantie übernehmen, daß die liberalen Orthodoxen sich nicht schon morgen abermals unterteilen werden? Es ist mehr als wahrscheinlich, daß sich zu der Orthodoxie und der liberalen Richtung eine Mittelpartei gesellt, und es ist zumindest möglich, daß die Orthodoxie ihrerseits in verschiedene Gruppen auseinanderbricht.

Die Christenheit aber tut gut, all diesen verschiedenen Gruppen gegenüber auf der Hut zu sein und sich zu einer festen und lebendigen Front zusammenzuschließen, um auf alle Möglichkeiten gefaßt zu sein!

Grundbesitz und Volksernährung.

Eine Erwiderung an Herrn Dr. Stieger, Bevensen.

Von Dr. jur. und Dr. scient. polit. Ludwig D. Pesl.

Professor der Staatswissenschaften, Universität Würzburg.

Herr Dr. Stieger hat mein im Verlage von Georg Stilke, Berlin, erschienenes Buch „Grundbesitz und Volksernährung“ teils lobend, teils tadelnd in Nr. 87 der „Beilage des Aufwärt“ beurteilt; im folgenden habe ich zu seinen Beanstandungen zu erklären:

1. Richtig ist, daß unser zum Teil auf ungesunder Kreditgewährung beruhendes Wirtschaftsleben ein Scheinleben ist, was auch unsere Volkswirtschaftler wissen, ohne unter den Anschauungen des Materialismus, Monismus oder Marxismus zu stehen, wenigstens glaube ich mich selbst unabhängig von diesen Anschauungen und glaube mir allen Wirtschaftsfragen gegenüber ein nüchternes Urteil bewahrt zu haben, ohne mich von vorgefaßten Meinungen leiten zu lassen.

2. Die zahlreichen von mir in ganz Deutschland besichtigten Güterkomplexe und sonstigen Großgüter waren mit wenigen Ausnahmen gut bewirtschaftet. Wenn ich den Ausdruck „musterhaft“ gebrauchte, so habe ich damit nichts anderes sagen wollen, als daß man mit der Bewirtschaftung sehr zufrieden sein kann, selbst wenn im einzelnen Falle noch eine gesteigerte Intensivierung möglich wäre. Die eigentlichen „Mustergüter“ im technischen Sinne pflegen sich erfahrungsgemäß nicht zu rentieren, weil bei diesen Höchstleistungen ohne Rücksicht auf die beste Rentabilität angestrebt werden, weshalb viele solcher „Mustergüter“ im Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind. Zu beachten ist allerdings auch, daß das „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag“ eine wichtige Rolle spielt, man wird also praktisch nur bis zu einer bestimmten Grenze Meliorationen vornehmen, ohne daß man deshalb solche Güter als nicht musterhaft bewirtschaftet bezeichnen werden kann.

3. Ich habe nicht so „getan“, als ob man den durchschnittlichen Milchertrag ohne weiteres verdoppeln könnte, wohl aber, daß eine solche Steigerung ohne besondere Mühe und Kosten zu erreichen wäre. Bei der jetzigen Durchschnittsleistung von 1800 Liter Milch pro Kuh trifft auf den Tag nur eine Menge von 5 Liter; es wird kein Landwirt behaupten, daß 5 Liter schon eine gute Leistung darstellen, wobei sehr zu berücksichtigen ist, daß es sich um Durchschnitte handelt. Daraus folgert, daß

Millionen Kühe weit weniger als 5 Liter Milch geben, sonst könnte diese Leistung nicht so gering sein, auch wenn man die Zeiten berücksichtigt, in denen die Kühe keine Milch geben oder die Milch für die Kälber brauchen. Ich gebe aber zu, daß eine solche Steigerung gar nicht notwendig ist; denn die Gesamterzeugung an Milch, an Trinkmilch, Butter und Käse beträgt rund 18,7 Milliarden Liter, während zur völligen Deckung des Bedarfs 22,3 Milliarden Liter erforderlich wären. Da eine Steigerung der Produktion nur bei den Milchkuhen und nicht bei den Kühen, die zur Milch- und Arbeitsleistung dienen, möglich erscheint, so müßte die Tagesleistung der vorhandenen rund 7 Millionen Milchkuhe um etwa 1 1/2 Liter täglich erhöht werden. „Ein Teil dieses Ergebnisses könnte innerhalb eines Jahres erzielt werden, wenn jeder Landwirt der besseren Pflege und Fütterung seiner Kühe die erforderliche größere Aufmerksamkeit zuwenden würde.“ (Die Erzeugungs- und Absatzverhältnisse der deutschen Vieh- und Milchwirtschaft. Bericht einer amerikanischen Studienkommission. Berlin 1929, S. 82).—

4. Ich habe nicht bestritten, daß der mittlere und Kleinbauer, vielleicht auch der Siedler, Getreide auf den Markt bringen, aber darum handelte es sich für mich nicht, sondern um die Tatsache, daß mit der Beseitigung jedes großen Getreidegutes ein Fehlbetrag an Getreide entsteht, der doch nicht dadurch ausgeglichen wird, wenn auf dem Boden eines Großgutes z. B. Hundert Bauern oder Siedler angesiedelt werden, weil diese doch in erster Reihe Viehhaltung haben; ich kenne keine Bauerngüter, die bloß Getreide produzieren und sonst nichts.

5. Ich habe auch nicht bestritten, daß das Buch von Aeroboe viel Gutes und Nichtiges enthält; aber ich sehe, daß er sich häufig widerspricht; so fordert er an der einen Stelle seines Buches die Beseitigung aller Großgüter, an einer anderen Stelle erklärt er, Großgüter in einem beschränkten Umfange zuzulassen. Mir war es natürlich, soweit ich mich mit Aeroboe auseinandersetzte, darum zu tun, das Falsche und Unzutreffende hervorzuheben. Dem, was richtig ist, habe ich nichts hinzuzusetzen. Ich bestreite, in landwirtschaftlich-sachlichen Dingen Aeroboe gegenüber in einen überlegen belehrenden Ton verfallen zu sein, da ich seine zahlreichen Arbeiten auf diesem Gebiete wohl kenne und ich mir jederzeit bewußt bin, Nationalökonom, aber nicht „Ökonom“ zu sein, wenn ich mich auch mit der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaftslehre beschäftigt habe, wodurch man noch lange kein Landwirt wird.

6. Den Satz: „daß der Großgrundbesitz weit intensiver bewirtschaftet und mehr Erträge von der gleichen Bodenfläche gewinnt als der Kleinsiedler oder auch als regelmäßig der Bauer“, halte ich auf Grund meiner Erfahrungen und Beobachtungen aufrecht. Daß der Bauer in manchen Fällen ebensoviel oder mehr von der gleichen Bodenfläche gewinnt, habe ich anerkannt und deshalb das Wort „regelmäßig“, dazu gesetzt. Aber immer meine ich selbstverständlich die Gewinnung der gleichen Bodenfrucht von gleicher Bodenfläche und vom Boden gleicher physikalischer und klimatischer Beschaffenheit.

7. Sehr scharf erhebt Herr Dr. Stieger Widerspruch gegen meinen Satz, daß nirgendwo produktiv bewirtschafteter Großgrundbesitz auch nur angetastet werden dürfe; denn, meint Herr Dr. Stieger, an der Ostgrenze müsse eine dichtere deutsche Bauernbevölkerung geschaffen werden und da würden einzelne Großbetriebe weichen müssen, auch wenn sie gut bewirtschaftet seien. — Theoretisch

ist diese Forderung durchaus begründet und es muß tatsächlich alles getan werden, um die Ostmarken zu erhalten. Nur sollte Herr Dr. Stieger auch sagen, wie man das macht. Ich habe in meinem Buche hervorgehoben, daß allein in den Jahren von 1910 bis 1925 nicht weniger als 135 000 Menschen aus Ostpreußen abgewandert sind, daß in bloß drei Jahren — von 1925 bis 1927/28 — in Ostpreußen allein 475 landwirtschaftliche Anwesen mit insgesamt über 100 000 Morgen zwangsweise veräußert wurden: wo soll man da mit dem großzügigen Siedeln beginnen? Wäre es nicht schon ein großes Verdienst, wenn man diese durch die Zwangsversteigerung vertriebenen Besitzer erhalten hätte? Dabei hat die Abwanderung noch weiter zugenommen wie auch die Zahl der Zwangsversteigerungen. In ganz Preußen wurden in den letzten fünfundsiebzig Jahren vor Kriegsausbruch rund 40 000 Siedlungen (Rentengüter) geschaffen, gewiß eine große Leistung, aber was bedeuten diese gegenüber der Zahl der Abgewanderten? Wenn schon die jetzigen Betriebe in Ostpreußen nicht existieren können, wie sollen die Neusiedler bestehen können? Die Hauptschuld an dieser verderblichen Lage der ostpreussischen Landwirtschaft tragen verschiedene Umstände, vor allem der sogenannte polnische Korridor, die dadurch noch verstärkte Unrentabilität der Güter, die allgemeine sonstige Landflucht, die nicht aufzuhalten ist, solange nicht die Zuanwanderungen in die Städte verboten werden und noch manches andere. Herr Dr. Stieger bringt ja selbst ein bezeichnendes Beispiel für die Erhaltung des deutschen Besitzes in Ostpreußen. Ich selbst würde einen Weg zur Lösung nur darin sehen, daß innerhalb weniger Jahre einige Zehntausende von Neusiedlungen geschaffen werden und zwar nicht über die ganze Provinz zerstreut, sondern in großen Gruppen, damit auf dem Wege der Genossenschaftsbildung ein Absatz einigermaßen gesichert ist. Doch würde die Erörterung dieser Frage hier zu weit führen. Nur ist zu bemerken, daß eine großzügige Siedlung von nur 10 000 Stellen rund 200 Millionen RMk. kosten würde; aber mit 10 000 Stellen ist nichts erreicht, es müßten mindestens 50 000 sein oder mehr. Die Gelder hierfür stehen nicht zur Verfügung. Ähnlich ist es in den übrigen Grenzgebieten, so in Schlesien und in der bayerischen Oberpfalz, wobei am 8. Mai der preussische Ministerpräsident den bayerischen Wunsch nach einer Hilfe für die östlichen Grenzbezirke als grotesk bezeichnete (nach Pressemitteilungen).

8. Herr Dr. Stieger sieht einen großen Widerspruch darin, daß ich von Ueberbevölkerung von 20 Millionen spreche und an anderer Stelle von Millionen hektaren Unlandes. Das ist kein Widerspruch, weil wir diese Unlandflächen nur mit ungeheuren Geldmitteln in Kulturland verwandeln können, was außerdem die Arbeit von Jahrzehnten bedeuten würde. Wenn es so weitergeht, dann werden von Jahr zu Jahr immer mehr Landwirte nach überseischen Ländern auswandern. Warum wandern gerade Bauern aus allen Teilen des Reiches aus? Weil die Landwirtschaft sich nicht rentiert und die Bauern lieber in ein Land gehen, wo ihnen ihre Arbeit auch entsprechend entlohnt wird, d. h. wo ihnen die Früchte ihrer Arbeit verbleiben, was bei uns nicht der Fall ist.

9. Herr Dr. Stieger stimmt Aeroboe zu, daß manche Wälder abgeholzt werden, um Boden für die Landwirtschaft zu gewinnen. Hierzu bemerke ich bloß, was ich bereits sagte, daß wir bald landwirtschaftlichen Boden genug haben, wenn die Ab- und Auswanderungen in der

„Neuzeit und Haushalt“.

Hausfrauenausstellung in Kassel.

Es gehört eine gute Dosis Optimismus dazu, eine solche Ausstellung in größerem Rahmen zu wagen. Ist doch „Haushalten“ schwerer denn je in der „Neuzeit“, so daß schon in den zwei Worten ein Gegensatz liegt. Sooft Haus halten das Sich-Befinden mit dem Alten und Neuzeit das Anschaffen neuer Dinge bedeutet, tritt dieser Gegensatz zutage und wirkt sich unmittelbar auf die Lebensführung aus: Wo man aus Geldmangel mit dem Alten vorlieb nehmen muß, wird die Wirtschaft oft rückständig; und wo durch Wohnungs- oder Arbeitsverhältnisse gezwungen, der Haushalt sich neuzeitlich einrichten muß, ist die Endwirkung oft ebenso materielle und finanzielle Belastung. Beides wirkt sich hemmend, wenn nicht zerstörend auf Familienleben aus; das eine mehr auf dem Lande, wo die neuzeitlichen Arbeitsmittel aus Geldmangel nicht genügend zur Arbeitserleichterung der Hausfrau eingesetzt werden können, das andere mehr in der Stadt, wo die Ausnützung aller erdenklichen Fortschritte gar zu leicht Verschuldung, Ablenkung der Hausfrau von ihren höchsten Aufgaben und damit ebenso Gefährdung des Familienlebens bedeutet, nachdem es an sich schon viel schwerer im innersten Sinn aufrecht erhalten werden kann.

So klang im Unterton durch die ganze Veranstaltung der Ruf vieler sorgengequälter Hausfrauen: Wer hilft uns aus unserer Ueberlastung und aus der Fruchtlosigkeit unserer Arbeit wieder zur Kraft, auch die innersten Aufgaben als Mutter und Weib zu erfüllen? Im Mittelpunkt der Tagung gab Frau v. d. Malsburg am Landfrauentag diesem Gedanken folgenden Ausdruck: „Das Verhältnis der Arbeitsmenge zu den Arbeitsbewältigungsmitteln ist vielfach ein sehr schiefes geworden. Die Folge ist eine Störung der Harmonie im Gesamthaushalt. Dieser Haushalt ist eben nicht nur, wie man das im Lexikon erklärt findet, „unter Hauswirtschaft“ unterzuordnen, sondern ist der Hauptbegriff, in dem die Hauswirtschaft nur einen Teil bedeutet, nämlich den Teil, der sich mit der dinglichen Einrichtung und Durchführung befaßt.“ Und weil eben diese Hauswirtschaft auf dem Lande zu viel, in der Stadt manchmal zu wenig, die Hausfrau beansprucht, darum fehlt die Harmonie im Gesamthaushalt.

In diesem Gedanken, die Harmonie wiederherzustellen, vereinigen sich alle aufbauenden Bestrebungen der Hausfrauvereinigungen wie der Industrie und des Gewerbes, und unter diesem Gesichtspunkt war eine Ausstellung wie diese mit gesicherter Aussicht auf Erfolg durchführbar.

Wie sollten Frauen vom Lande an arbeits- und materialsparenden Neuerungen wie nichtrostendem Geschirr, Elektrobackhühe, Fruko-Dampftopf, feuerfesten Kochgeschirren, durchsichtigen Behältern für Mehle, Gries und Zucker usw. im Küchenschrank, an zweckmäßig angeordneten und gebauten Bohn-Räumen vorübergehen können, ohne den Wunsch, sich diese Fortschritte zunutze zu machen? Nicht weniger Interesse fanden die Stände der ländlichen Hausfrauen, auf denen einfache und billige Nahrungsmittel mit zugleich höchstem Nährwert ausgestellt waren: Plätschen aus Quark, Roggenbrötchen und Roggenkuchen, Kartoffelgebäck und Speisen jeder Art —, sie alle hatten leider einen mehr oder minder ungünstigen Platz in der Ausstellung und erzielten durch die getrennte Anordnung in den vielen Räumen und Treppen keine eindrucksvolle Wirkung, aber haben doch wohl manchem gezeigt, wie aus wenig viel gemacht werden kann, wenn man das „wie“ kennt. Für die hastende Hausfrau stellten viele Nahrungsmittelfabriken ihre Erzeugnisse aus, die es erlauben, auch in kürzester Zeit ein schmackhaftes Mahl zu bereiten. Manchen neidischen Blick konnte man beobachten, als der Verein für deutsche Frauenkultur entzückende Kleider durch einige kunstfreundliche Mädchen zeigte. Anpassung an den Verwendungszweck, gesundheitlich einwandfrei und schlicht! sind Ziele, die jeder unterstützen kann; sie waren an einer Reihe Kleider musterhaft erreicht. Ganz besonders schön wäre es, wenn der Wunsch vieler deutscher Frauen in Erfüllung ginge, daß arbeitsfreie Wintermonate recht ausgiebig von denen, die Zeit dazu haben, zum Selbstweben ausgenutzt würden. Viele handgewebte Kleider waren in dieser Richtung die beste Werbung.

Zwei Mängel haben die Wirkung der Ausstellung merklich gehemmt: Die Unterbringung in zum Teil dunklen und ungünstigen Räumen und die fehlende Klarheit einer Einteilung. Vielleicht haben wirtschaftliche Gründe mitgesprochen oder die Raumfrage, daß man nicht klar in Wohnung, Nahrung, Kleidung und hauswirtschaftliche Bildungsfragen getrennt hat. Wünschenswert erscheint

mir eine solche Einteilung. Auf den größeren Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat sie sich in entsprechender Abwandlung seit langem bewährt. So konnte auch die beabsichtigte Werbung für die vielen, alten Hausrezepte in Roggengebäck, Kartoffel- und Milchspeisen leider nicht voll zur Wirkung kommen. Und wenn auch Frau v. d. Malsburg vor fast 2000 Frauen, Männern und Mädchen ermahnte, auf dem Lande die Erzeugung von vornherein auf den Absatz an den Städten einzustellen durch Sortierung und rechte Behandlung der Ware, und auf der anderen Seite von der städtischen Hausfrau verlangte, sich auf gute und billige deutsche Kost zu besinnen, — viele Landfrauen und Landwirte haben den Eindruck mit nach Haus genommen: in der Werbung für unsere Waren ist nur ein ganz schwacher, kleiner Anfang gemacht. Soffentlich kann der Erfolg der Gesamtausstellung helfen, beim nächsten Mal den Mangel weiter zu bekämpfen.

Stürmischen Beifall ernteten die gewandten Schülerinnen der Dunkelsten Tanzschule. Es wird mancher Frau vom Lande wie mir gegangen sein, daß sie solche Leistungen von Kindern und heranwachsenden Mädchen noch nicht gesehen hat. Könnte solche Körperkultur doch überall wenigstens im Grundgedanken existieren und verwirklicht werden! Die Form der Darbietungen hat nicht jeden voll befriedigt.

Alles in allem können wir mit der Vorfindenden des Verbandes ländlicher Hausfrauvereine Kurfessens und (nun auch) Walbedes wünschen, daß der feste Zusammenschluß erreicht wird „zur Lösung der Schicksalsfrage: wie können wir die Arbeitsmängel beseitigen, ohne das Familienleben zu zerstören? Möchte die Quelle der Kraft von oben, nach der wir Landfrauen uns sooft umsehen, wenn auf menschlicher Seite alle Tore verschlossen sind, uns immer immer wieder fließen! So möchte ich unserer Arbeit auch heute wieder den einen Gedanken zugrunde legen: unser Ziel ist die Freiheit vom Joch der Feinde und von den Lasten — aus eigener Kraft! Aber wir wissen, daß unsere Kraft nicht reichen wird angesichts der Größe dieser Aufgabe ohne den Herrgott, von dem wir auch sonst den Segen für unsere Landfrauenarbeit erwarten. Darum stelle ich über den Tag mit dem Streben der Hausfrau nach Freiheit von ihren vielen Lasten den Gedanken: „Gott, mach uns frei!“ R. Strecker, Fritzlar.

bisherigen Weiblichkeit der Förderung der Siedlungen.

10. Herr Dr. Stieger hat mein im Verlage von Georg Stilke, Berlin, erschienenes Buch „Grundbesitz und Volksernährung“ teils lobend, teils tadelnd in Nr. 87 der „Beilage des Aufwärt“ beurteilt; im folgenden habe ich zu seinen Beanstandungen zu erklären:

1. Richtig ist, daß unser zum Teil auf ungesunder Kreditgewährung beruhendes Wirtschaftsleben ein Scheinleben ist, was auch unsere Volkswirtschaftler wissen, ohne unter den Anschauungen des Materialismus, Monismus oder Marxismus zu stehen, wenigstens glaube ich mich selbst unabhängig von diesen Anschauungen und glaube mir allen Wirtschaftsfragen gegenüber ein nüchternes Urteil bewahrt zu haben, ohne mich von vorgefaßten Meinungen leiten zu lassen.

Das Siedlerproblem.

Abgesehen von dem Siedlerproblem, das der Tag, der am 2. August in Kassel stattfand, in der ersten Frage eine Entscheidung brachte, ist die Entscheidung über die Siedlerfrage von dem Vor- und Nachdenken der Siedler und der Siedlerinnen.

Nach der Entscheidung der Siedlerfrage, die der Tag, der am 2. August in Kassel stattfand, in der ersten Frage eine Entscheidung brachte, ist die Entscheidung über die Siedlerfrage von dem Vor- und Nachdenken der Siedler und der Siedlerinnen.

Die Entscheidung über die Siedlerfrage, die der Tag, der am 2. August in Kassel stattfand, in der ersten Frage eine Entscheidung brachte, ist die Entscheidung über die Siedlerfrage von dem Vor- und Nachdenken der Siedler und der Siedlerinnen.

Die Entscheidung über die Siedlerfrage, die der Tag, der am 2. August in Kassel stattfand, in der ersten Frage eine Entscheidung brachte, ist die Entscheidung über die Siedlerfrage von dem Vor- und Nachdenken der Siedler und der Siedlerinnen.

Die Entscheidung über die Siedlerfrage, die der Tag, der am 2. August in Kassel stattfand, in der ersten Frage eine Entscheidung brachte, ist die Entscheidung über die Siedlerfrage von dem Vor- und Nachdenken der Siedler und der Siedlerinnen.

Die Entscheidung über die Siedlerfrage, die der Tag, der am 2. August in Kassel stattfand, in der ersten Frage eine Entscheidung brachte, ist die Entscheidung über die Siedlerfrage von dem Vor- und Nachdenken der Siedler und der Siedlerinnen.

Die Entscheidung über die Siedlerfrage, die der Tag, der am 2. August in Kassel stattfand, in der ersten Frage eine Entscheidung brachte, ist die Entscheidung über die Siedlerfrage von dem Vor- und Nachdenken der Siedler und der Siedlerinnen.

und es muß tat-
sächlich zu erhal-
ten, wie man
Hervorgehoben,
1925 nicht weni-
ger abgewandert
als bis 1927/28 —
die Anwesenheit
mit weise ver-
stärkt. Die Siedeln
großes Verdienst,
Anwesenheit
Dabei hat die
wie auch die
ganzen Preußen
Jahren
Rentengü-
g, aber was be-
Abgewanderten?
Preußen nicht exi-
bestehen kön-
blischen Lage der
verschiedene Um-
die Korridor, die
Güter, die all-
zuhalten ist, so-
Städte verboten
Dr. Stieger
für die Erhalt-
sich. Ich selbst
leben, daß inner-
von Neufest-
über die ganze
uppendlungen,
bildung ein Ab-
die Größe.
ist zu bemer-
10 000 Stellen
aber mit 10 000
mindestens 50 000
nicht zur Ver-
Grenzgebieten.
Oberpfalz, wobei
den bayeri-
stlichen Grenzbe-
stimmungen).
hen Widerspruch
von 20 Millionen
Mionen Sektoren
ist mir diese Um-
mittel in Kultur-
die Arbeit von
so weitergeht,
mehr Landwirte
n. Warum wan-
des Reiches aus?
und die Bauern
Arbeit auch ent-
die Früchte ihrer
Fall ist.
zu, daß manche
für die Landwirt-
bloß, was ich be-
lichen Boden ge-
derungen in der
heren Ausstellun-
schaft hat sie sich
em bewährt. So
für die vielen,
Kartoffel- und
kommen. Und
2000 Frauen,
dem Lande die Er-
an den Städten
Behandlung der
in der städtischen
lige deutsche Kost
Landwirte haben
in der Werbung
schwacher, kleiner
Erfolg der Ge-
Mal den Mangel
wandten Schüle-
es wird mancher
in, daß sie solche
spendenden Mäd-
perschulung doch
erstrebt und ver-
erungen hat nicht
Vorständen des
Kurheffens und
feste Zusammen-
dichalsfrage: Wie
ohne das so-
Quelle der Kraft
sooft umsehen,
geschlossen sind,
! So möchte
wieder den
unser Ziel ist
und von den
wissen, daß un-
der Größe dieser
wir auch sonst den
warten. Darum
en der Gausfrau
den Gedanken:
recker, Frißlar.

bisherigen Weise sich fortsetzen. Ich habe auch erwähnt, daß Freiherr von Gagl, der Leiter der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation, erklärte, daß Boden für Siedlungen genug vorhanden ist.
10. Herr Dr. Stieger stimmt mir auch nicht zu, wenn ich die Ruhschuldung ungünstig beurteile. Ich gebe zu, daß es schwer ist, den kleineren Besitzern andere Tiere als Zug und Spanntiere zu verschaffen; aber volkswirtschaftlich läßt es sich nicht rechtfertigen, daß über eine Million Kühe als Zugtiere verwendet werden; jedenfalls ist die Ruhschuldung ein — leider notwendiges — Übel.
Dem Schlusse Herr Dr. Stiegers stimme ich voll und ganz zu: „Möchten nur bald die Verhältnisse in unserem Staatsleben sich so ordnen, daß endlich die Vermehrung unseres Bauernstandes kraftvoll angepackt werden kann!“ Das kann niemand mehr wünschen als ich, der ich die Landwirtschaft als die erste und wichtigste Grundlage eines Staates betrachte. Die Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft ist wichtiger als die Industrie, die aber deshalb nicht etwa vernachlässigt zu werden braucht. Aber ich stehe in der ganzen Agrarfrage auf dem Standpunkte: Bevor man neue Siedlungen schafft, Sorge man dafür, daß die bereits vorhandenen landwirtschaftlichen Betriebe erhalten und rentabel gestaltet werden. Wenn ein Dorf in Flammen steht, pflegt man doch auch nicht Holz und sonstiges Baumaterial herbeizuschleppen, das doch auch mitverbrennen würde, sondern zuvor sucht man das Dorf zu retten. Wenn unsere Landwirtschaft zugrunde geht, werden die Neusiedlungen nicht erhalten bleiben. Besitzfestigungen sind heute wichtiger als Neusiedlungen, wenn die Bauernbetriebe zu 80 v. H. keine Ueberflüsse mehr abwerfen, dann ist es unwahrscheinlich, daß die Siedlungen mehr Erfolg haben. —

Das Reform-Gutachten.

Beitragssteigerung auf 4 Prozent. — Fortfall der Jugendlichen-Unterstützung. — Einsparungen bei den oberen Lohnklassen.

Abgesehen von der Verabschiedung des Reichshaushaltsplanes für das laufende Jahr muß der Reichstag, der am Donnerstag seine Verhandlungen wieder aufnahm, in den nächsten Wochen auch in der schwierigen Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung eine Entscheidung fällen. Den Ausgangspunkt der zu diesem Zweck zu führenden Verhandlungen bildet ein von dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge erstelltes Gutachten.

Nach diesem Gutachten, das im einzelnen mit wechselnden Mehrheiten und zuweilen gegen eine sehr große Minderheit der Arbeitgeber- oder Gewerkschaftsvertreter in der Reichsanstalt abgefaßt worden ist, ist für 1930 mit einem Durchschnittssatz von 1 500 000 Arbeitslosen zu rechnen. — Als man die Arbeitslosenversicherung einführt, rechnete man noch mit 800 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt!

Angesichts dieser schlechten Lage auf dem Arbeitsmarkt würden die Ausgaben der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge 1930, wenn alles beim alten bleibt, um 335 Mill. M. die Einnahmen übersteigen. Da nun aber derjenige, der etwas ausgeben will, zuvor etwas begeben muß, handelt es sich jetzt darum, entweder die Ausgaben um 335 Millionen Mark zu senken oder die Einnahmen um einen entsprechenden Betrag zu erhöhen.

Der Vorstand der Reichsanstalt empfiehlt in seinem Gutachten beide Maßnahmen, also sowohl die Drosselung der Ausgaben als auch die Erhöhung der Einnahmen. Die von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzubringenden Beiträge sollen danach von gegenwärtig 3 1/2 auf 4% in Notzeiten erhöht werden. Bei der Drosselung der Ausgaben soll die größte Verminderung durch die Senkung der Hauptunterstützung für die fünf oberen Lohnklassen auf die geltenden Sätze der Krisenunterstützung erzielt werden. Die Senkung soll jedoch nur insoweit erfolgen, als diese Arbeitslosen kein volles Jahr beschäftigt worden sind. Die Familienzuschläge sollen nicht vermindert werden.

Zwei Millionen Mark sollen ferner dadurch eingespart werden, daß während der Jahre, in denen sich der Geburtenanstieg der Kriegsjahre auf dem Arbeitsmarkt auswirkt, Jugendliche bis zu 17 Jahren keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Gleichzeitig soll für diese Zeit der Bezug der Arbeitslosenunterstützung mit dem 65. Lebensjahre erlöschen, weil für diese Kreise dann ja der Rentenbezug aus der Sozialversicherung einsetzt. Nach den Statistiken der Reichsanstalt sind bisher im Jahresdurchschnitt etwa acht Millionen Mark für Arbeitslosenunterstützungen an Personen über 65 Jahre ausgegeben worden.

Weitere Anregungen betreffen die Einbeziehung des ländlichen Dienstpersonals in die Arbeitslosenversicherung, soweit es sich nicht um Jahresverträge handelt, die Versicherungsfreiheit für geringfügige Beschäftigungen, das Verhältnis zur gemeindlichen Arbeitsfürsorge, die Dauer des Bezuges von Arbeitslosenunterstützung nach vorhergehendem Bezug der Krisenunterstützung, auch die Senkung der Arbeitslosenunterstützung bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit hunderter Ehegatten. Zur Krisenunterstützung hielt der Vorstand die Uebernahme des Gemeindefunktionärs auf das Reich für geboten. Im übrigen sprach er sich im Hinblick auf die krisenbedingte Arbeitsmarktlage für eine Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung aus.

Die Gesamtsumme, die damit für die Arbeitslosenversicherung gewonnen wird, wird auf 260 Mill. M. veranschlagt, so daß also auch in diesem Falle noch 75 Mill. M. Deckung beschafft werden müßte.

Selbstverständlich handelt es sich bei diesen Vorschlägen der Reichsanstalt um Anregungen, die das Kabinett und der Reichstag beachten oder unbeachten lassen kann. Zunächst wird sich das Kabinett mit dem Gutachten befassen, um sich darüber schlüssig zu werden, welche Punkte daraus es für das von ihm auszuarbeitende Programm zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung übernehmen will. Die Verhandlungen werden sich sehr schwierig gestalten.

Zwischen zwei Fronten.

Frankreich.

Die Besprechung Briand-Curtius ergebnislos.

Genf, 15. Mai. Der französische Außenminister Briand suchte am Donnerstag nachmittag Dr. Curtius im Hotel „Metropole“ zu einem Gegenbesuch auf. Ein praktisches Ergebnis ist jedoch in dieser Besprechung, wie mitgeteilt wird, nicht erzielt worden. Ueber die Räumung, wie sie in der Haager Abmachung zum 30. Juni festgelegt worden ist, ist jedoch als solche nicht gesprochen worden, da man auf deutscher Seite die endgültige Räumung als eine selbstverständliche, nicht weiter zu erörternde Frage ansieht.

Italien.

Das deutsch-italienische Verhältnis

Genf, 15. Mai. Ueber die Aussprache, die Curtius am Mittwochabend mit Grandi hatte, wird nunmehr mitgeteilt, daß in dieser Unterredung die gesamten europäischen Probleme und insbesondere die grundsätzliche Haltung in der Völkerbundspolitik zwischen den beiden Außenministern behandelt worden seien. Auf deutscher Seite gibt man der Befriedigung über den Verlauf dieser sehr offenen Aussprache Ausdruck und hebt hervor, daß hierbei auch die großen gemeinsamen Interessen zwischen den beiden Ländern festgestellt worden seien. Es wird ferner betont, daß die Aussprache bei beiden Teilen einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen habe. Auch auf italienischer Seite zeigte man sich mit dem Ergebnis dieser Unterredung voll befriedigt und weist auf die Gemeinsamkeit der deutsch-italienischen Interessen auf verschiedenen Gebieten der europäischen Politik und insbesondere in den grundsätzlichen Fragen der Völkerbundspolitik, insbesondere in den Abrüstungs- und Sicherheitsfragen hin.

Poincaré heßt wieder.

„Seine Veranlassung zur Kapitulation in der Saarfrage.“

— Paris, 16. Mai.

Der frühere französische Ministerpräsident Poincaré veröffentlicht einen geschäftigen Artikel gegen Deutschland, in dem er schreibt, in der Saarfrage wolle Deutschland alle Vorteile für sich einstecken, aber Frankreich „habe keine Veranlassung, in der Saarfrage zu kapitulieren. Die Bevölkerung müsse 1935 abstimmen.“

Ferner beschäftigt sich Poincaré mit den auswärtigen Beziehungen Deutschlands und meint dabei, die deutschen Beziehungen zu Rußland seien verdächtig. Die russischen Fabriken kämen Kriegsmaterial für Deutschland herzustellen. Wenn nun Deutschland die allgemeine Abrüstung verlange, dann müsse Frankreich

dazu erklären: „Nach Ihnen, meine Herren! Es ginnen wir damit, indem wir zunächst Ihre militärischen Rüstungen nachprüfen.“

Auch Minderheitenbeschwerde vertagt.

Unter Protekt Deutschlands. — Curtius fordert Beschleunigung der Abrüstung.

Der Völkerbundsrat erledigte in rascher Aufeinanderfolge die Restfragen seiner Mai-Tagesordnung. Bei der Erörterung des Tätigkeitsberichts des Sicherheitsausschusses nahm Reichsaussenminister Dr. Curtius Gelegenheit, angesichts des nichtbefriedigenden Ergebnisses der bisherigen Abrüstungs„arbeit“ einen Appell an die Mächte zu richten, im Interesse brandbarer Vorschläge für die Organisierung des Friedens vermehrte Anstrengungen zu machen.

Die vom Sicherheitsausschuß entworfenen Vorschläge werden im September die Vollversammlung des Bundes beschäftigen.

Zu der Beschwerde der deutschen Rassenärzte in Ostoberschlesien über ihre Entlassung auf Grund nicht bestandener Prüfungen in der polnischen Sprache machte ein Japaner als Berichterstatter den Vorschlag, die Beschwerde zu vertagen, um zunächst ein neues Gutachten einzufordern. Reichsaussenminister Dr. Curtius protestierte gegen diese erneute Verschleppung einer zur Entscheidung längst reifen Frage und verwies darauf, daß Polen sich geweigert hat, der Entscheidung des Präsidenten der Schiedsgerichtskommission, Calonder, die Rassenärzte wieder einzustellen und sie einer neuen, nicht künstlich erschwerten Sprachprüfung zu unterziehen, nachzukommen.

Der Völkerbundsrat beschloß trotzdem die Zurückstellung der Beschwerden bis September. Reichsaussenminister Dr. Curtius ersuchte den Rat, wenigstens die polnische Regierung zur Beschleunigung ihrer etwas langwierigen „Untersuchungen“ zu veranlassen, sowie ferner dafür Sorge zu tragen, daß den Ratmitgliedern in Zukunft das gesamte Material vorgelegt wird.

Schlusssitzung des Rates.

Die Mittagsung des Völkerbundesrates wurde nunmehr mit einer Geheimhaltung beendet. Wie verlautet, machte der englische Außenminister Henderson in dieser Sitzung Mitteilungen über die Zusammenfassung des Ausschusses, den die englische Regierung zur Regelung der Klagemauer-Angelegenheit nach Palästina entsenden wird. Die nächste Ratstagung findet am 5. September statt; die Vollversammlung des Völkerbundes am 10. September.

Reichsaussenminister Dr. Curtius wird noch im Laufe des heutigen Tages die Rückreise nach Berlin antreten.

Die Landwirtschaft wird von der Verdoppelung der Grundsteuer nicht betroffen, da das Gesetz nur auf städtischen Grundbesitz Anwendung findet.

Neuregelung der Krankenversicherung.

Vorbereitungen im Arbeitsministerium. — Beschlüsse des Haushaltsausschusses.

— Berlin, 16. Mai.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags führte die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums zum Abschluß. Minister Stegerwald kündigte eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf neue Berufsgruppen an. Ferner sei das Ministerium mit Vorbereitungen für eine Neuregelung der Krankenkassenversicherung beschäftigt. Bei der Reichsnachschaffungsversicherung werde zurzeit die Beseitigung der Doppelversicherungen erwogen.

Bei den Abstimmungen wurde eine Entschließung angenommen, die Material über den Ausbau der Invalidenversicherung anfordert. Der Anlaß für Untersuchungen an Empfänger von Renteleistungen wurde von drei auf 3 1/2 Mill. Mark erhöht.

Dsthilfegesetz vom Kabinett verabschiedet.

— Berlin, 16. Mai.

Das Reichskabinett hielt unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Brüning eine neue Kabinettsitzung ab und beendete die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über Hilfsmittelmaßnahmen für die notleidenden Gebiete des Reichs. An der Sitzung nahmen Vertreter des preussischen Staatsministeriums, der Reichsbank, der Preussenkasse und der Rentenbankkreditanstalt teil. Das Dsthilfegesetz geht nunmehr unverzüglich den gesetzgebenden Körperschaften zu.

Starke Ausfuhrrückgang. Der deutsche Außenhandel weist im April wieder einen Ausfuhrüberschuß auf und zwar in Höhe von 88,5 Mill. M. aus, während im März ein Aktivsaldo von rund 170 Mill. M. erzielt worden war. Der Export von Fertigwaren ist um fast 100 Mill. M. gesunken. Auf der anderen Seite haben die Rohstoffdeckungen der Industrie einen Tiefstand erreicht, der vielleicht zum Teil auf ungenügenden Zuflüssen von Auslandskapital, zum Teil wohl aber auch auf hohe Läger oder niedrige Bedarfschätzungen, also geringe Konjunkturerwartungen, schließen läßt.

Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau abgelehnt.

— Berlin, 16. Mai. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags lehnte einen kommunistischen Antrag auf Einführung der Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau mit großer Mehrheit ab.

Auf der britischen Marinewerft von Chatham wurde ein neues „Regenbogen“ benanntes Unterseeboot vom Stapel gelassen.

Zeppelinhalle verschleudert.

Für 2500 M. von der Besatzungsbehörde. — Abruch beginnt am 15. Juni.

— Trier, 16. Mai.

Auf Anordnung der Besatzungsbehörde wurden in Trier die große Zeppelinhalle und ein ansehnlicher Flugzeugschuppen versteigert. Das Auswärtige Amt hatte rechtzeitig gegen den Verkauf dieser Anlagen auf Abruch Einspruch erhoben, weil die Zeppelinhalle für die deutsche Zivilfliegerei verwendungsfähig war, doch hat sich die französische Regierung darüber hinweggesetzt.

Bei der Versteigerung gaben die anwesenden deutschen und luxemburgischen Firmen kein Gebot ab. Der Zuschlag wurde der elsassischen Firma Max in Mühlhausen erteilt. Der Kaufpreis für die Zeppelinhalle, die einen Realwert von etwa eineinhalb Millionen Mark hatte, betrug nur 15 000 französische Franken — d. i. etwa 2500 Mark! Die Flugzeughalle, deren Wert 200 000 M. betrug, wurde für rund 1600 M. verkauft.

Der Abruch der Hallen muß am 15. Juni beginnen.

Verdoppelung der Grundsteuer.

In Preußen ab 1. Juni. — Der Gesetzentwurf dem Landtag zugegangen.

— Berlin, 16. Mai.

Dem Preussischen Landtag ist nunmehr der Gesetzentwurf über die Verdoppelung der Grundsteuer zugegangen. Intraffretten soll der Gesetzentwurf — sofern ihm das Plenum zustimmt — am 1. Juni 1930. Der Mehrertrag aus dem Steuerauskommen soll zur Deckung des Haushalteschreibetrags in Höhe von 110 Mill. M. verwendet werden.

Soweit die Grundstücke von dem Steuerschuldner zu eigenen Wohn- oder gewerblichen Zwecken benutzt werden, wird der erhöhte Zuschlag bei Wohnräumen bis zur Höhe von 4 v. H. des Jahresfriedensmietwertes von 600 in den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A bzw. 300 Mark in der Ortsklasse D nicht erhoben. Gleichfalls nicht erhoben wird der erhöhte Zuschlag bei gewerblichen Räumen bis zur Höhe von 4 v. H. des Jahresfriedensmietwertes von 2400 M. in den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A und 1200 Mark in der Ortsklasse D. Die Klasseneinteilung bestimmt sich nach dem Ortsklassenverzeichnis für die Gewährung von Wohnungsgeldzuschlägen an die Reichsbeamten.

In den weiteren Bestimmungen wird festgelegt, daß die erhöhten Staatszuschläge zu erlassen sind, wenn Mieträume ohne Rücksicht auf den Steuerhinterzucker leer stehen. Die Preisfestsetzungen sind ferner noch anzuwenden für die nach dem 31. März 1924 fertiggestellten Wohnungsbauunternehmer für die Dauer von fünf Jahren.

Schweres Bergwerkunglück in Amerika. Bisher 17 Tote.

— London, 15. Mai. Nach Washingtoner Meldungen hat sich am Donnerstag auf einer Grube in Noella, etwa 26 Kilometer südwestlich von Washington eine schwere Explosion ereignet. 17 Bergarbeiter wurden getötet; 400 Bergleute sind gegenwärtig noch eingeschlossen. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange.

33 Staaten protestieren gegen die amerikanische Zolltarifvorlage.

— New York, 16. Mai. 33 Regierungen haben bisher beim Staatsdepartement gegen die amerikanische Zolltarifvorlage protestiert und scharfe Vorstellungen erhoben, insbesondere Italien, Frankreich, die Schweiz, Deutschland, Norwegen, Holland, die Tschechoslowakei, Ägypten, Südafrika und Irland.



H. Breder

Bielefeld, Gütersloherstraße 14
Fernsprecher 1012

Spezialabteilung für
moderne Augenoptik

Die beiden evangelischen
Pflegeheime Rosenhaus
Mittelberg (Vorarlberg)

nehmen in ihren getrennten Heimen für die
Ferienmonate noch Knaben und Mädchen
auf. Prächtige Alpenlage (1218 Mtr. hoch)
Pflugesatz Mark 3.25. Reisevergünstigung.

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID

gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldener Medaille
liefert als Spezialität die von den

Posaunen-Chören
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester
Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch
Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen“ — Seite 20—26
Katalog und Preisliste gratis.

„Trinkt alkoholfreien Wein!“

Empfehle dieses edle Sonnenprodukt naturrein
ohne jeden Zusatz unvergoren, wie es von der
Kelter rinnt, kristallklar!
Durch die neuzeitliche Abfüllung ist es möglich
geworden, diesen reinen Traubensaft nicht nur
kurze Herbstwochen, sondern das ganze Jahr
hindurch in Form einer Traubenkur zu genießen.
Dieser Edelmost ist nicht nur ein erfrischendes
Genuß-, sondern ein ärztl. anerkannt vitaminen-
reiches, vorzügliches Nahrungsmittel, besonders
für Kinder und Kranke. Der Rheinische Edelmost
zeichnet sich durch seinen kräftigen aromatischen
Wohlgeschmack, seine feine Qualität und Güte
von allen anderen Säften in besonderem Maße aus.
Machen Sie einen Versuch und bestellen Sie
heute noch: Rheinischer Edelmost!

1929 er weiss pr. 1/2 Ltr. Fl. 1.60
rot „ „ „ „ 1.65

Versand erfolgt in Kisten von 6 Fl. per Post, und 12, 18, 24, 30 und 50 Fl.
per Bahn. Preise verstehen sich ohne Glas und Kiste, ab Station Oppenheim
am Rhein. Glas und Kiste werden berechnet und innerhalb 2 Monaten
zum berechneten Preise zurückgenommen. Ziel 30 Tage rein netto!
Bei Kasse innerhalb 8 Tage, 3% Skonto. Auf Wunsch werden Ihnen
Proben kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit zugesandt.

M. Rall, Weinbau-Alkoholfreie Weine
Oppenheim am Rhein.

Wenn Vater waschen müsste...

kaufte er noch heute eine

Original Miele Waschmaschine

Zu haben in den einschlägigen Geschäften

Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

Kirchennachrichten für Zion.

Sonntag, den 18. Mai, Kantate.

Samstag, 19.10 Uhr: Beichte und Abendmahl, Pastor Wilm.
Sonntag, 8 1/2 Uhr: Pastor Brandt. 9 Uhr: Pastor Kühner.
10 Uhr: Pastor v. Badelschwingh. Abordnung durch Missions-
inspektor Trüttelwig. 11 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.
Montag, 20 1/2 Uhr: Gosen: Gemeindebibelstunde.
Donnerstag, 19 1/2 Uhr: Pastor Bischoff.

Bethel.

— Elternversammlung. Die Eltern der diesjährigen
Konfirmanden laden ich hiermit zu einer Besprechung ein
im Junglingsaal des Affapheums auf heute (Freitag)
um 8 1/4 Uhr.
— Portemonnaie mit größerem Inhalt verloren von
Ophir über den Friedhofsweg nach dem Erholungsheim
Sieker. Bitte in Ophir abzugeben.

Jüngere tüchtige selbständige
Köchin
für mittl. Heimbetrieb gesucht.
„Heimat“, Frankfurt a. M.
Taunusstraße 9.

Für sehr tüchtiges, selbstloses,
junges Mädchen suche baldigst
Stellung
wo Haus- und Geschäftstätigkeit
verbunden. Angebote an
Schweizer im Blockhaus,
Freienwalde (Oder)

Möbl. Zimmer
in der Nähe des Danlorts für
sofort od. zum 1. Juni gesucht.
Angebote unter A 6597 an die
Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Landw. Gehilfe
sucht Stellung für sofort, wenn
möglich in größerem Betriebe.
Derjelbe ist 22 Jahre alt und
8 Jahre in der Landwirtschaft
tätig, besitzt außerdem Führer-
schein für Kraftfahrzeuge 3b.
Lohn nach Uebereinkunft. Näheres
durch K. Blase, Bieren 24,
Kr. Herford i. Westf.

Braubach & Co.
Haus Friedrich
Christliches Erholungsheim
nur für Erwachsene. Ruhiges,
alkoholfreies Haus mit herr-
licher Rheinaussicht. Besitzer
Aug. Friedrich & Frau
Telefon 34. — Prospekte frei.

Villa Charlottenruhe
in Herrenalb (Württ. Schw.)

Eigentum des Bad. Landesvereins
für Innere Mission, unmittelbar am
Walde gelegen, bietet im Herbst
und Winter erholungsbedürftigen
Gästen freundliche Aufnahme. Gute
Verpflegung, Zentralheizung. Tages-
preis bei vier Mahlzeiten mit Be-
dienung und Heizung Mk. 4.— bis
Mk. 5.— Anfragen sind an die
Leitung des Hauses zu richten.

Ostseebad
Heiligendamm
Erholungsheim „Tabac“ am
alten Buchenwald gelegen, für
Erholungssuchende best ge-
eignet, Zentralheizung, das
ganze Jahr geöffnet, gute Ver-
pflegung, 4 Mahlzeiten, Preis
per Tag 5.— Mk. bis 7.— Mk.
Verlangen Sie Prospekt.

! Nordsee!
Kinderheim Paulsen

Illustrierter Prospekt kostenfrei
d. d. Besitzer: Gemeindevorsteher

Paulsen, Norddorf
Insel Amrum

Großer Preisssturz!

Mein edler **Tilsiter Vollmetzkäse** mit
48/52% Fett i. T. kostet ab heute nur RM
1.— pro Pfd. Versand erfolgt nur in Post-
kollektis und Nachn., Porto u. Verpackung frei.

Friedrich Stolzka
Dampfmolkerei Jedwillen.
Post Motzwehen. Tilsiter Niederung

Der Wartburg gegenüber, am Rande des Thüringer Waldes, steht das
Haus Hainstein, Eisenach
Außer dem Jugendwert befindet sich dort ein kleineres Hotel für Damen
und Herren (besonders für längeren Aufenthalt geeignet), ein Erholungs-
heim für 14. Männer, eine feine Jugendwunderherberge. Anfragen erb. an
Haus Hainstein, Eisenach. Fernruf Eisenach 116.
D. Paul & Co.

Internationaler alkoholfreier Industrie G. m. b. H., Bückeburg.

Anfassen!

Anfassen — mit eigener Hand die
Ware prüfen — das ist die rechte
Art, klug und kritisch zu kaufen!

Tun Sie es in jedem Falle! Sie
werden dann leicht das richtige,
Urteil finden und den hohen Wert
unserer vorbildlich guten Kleidung
erkennen, deren niedrige Preise
jedermann in Erstaunen setzen!

Herren-Anzüge moderne Modarien und Muster, halt- bare Stoffe u. gute Verarbeitung von Mk.	25.-
Sport-Anzüge feste Ausmusterungen, die höheren Preislagen mit zwei Hosen . . . von Mk.	35.-
Herren-Mäntel in den neuesten Modifarben und Mach- arten von Mk.	42.-
Regen-Mäntel tragfähige, erprobte Qualitäten, in allen Stoffarten und Farben von Mk.	15.-

Schelllage
Bielefeld

E. Münch
Brackwede
Hauptstraße 81
Ruf 2426
Seit 1886

ZentRa-Uhren
Die Garantie-Uhr
deutscher Uhrmacher

W M F Bestecke
Schmuck
Uhren aller Art
Moderne Augenoptik

Anerkannter Lieferant
sämtl. Krankenkassen

Steppdecken Neuanfertigung und Aufarbeitung
Reformunterbetten
Reformsteppdecken für Sanatorien, Heime, Krankenhäuser usw.
Spezialität: Reine Schafwollfüllung. Nur Qualitätsarbeit
Rugust Berkenkamp, Wollwatten-Fabrik, Lemgo i. L.

Der Wartburg gegenüber, am Rande des Thüringer Waldes, steht das
Haus Hainstein, Eisenach
Außer dem Jugendwert befindet sich dort ein kleineres Hotel für Damen
und Herren (besonders für längeren Aufenthalt geeignet), ein Erholungs-
heim für 14. Männer, eine feine Jugendwunderherberge. Anfragen erb. an
Haus Hainstein, Eisenach. Fernruf Eisenach 116.
D. Paul & Co.

Gährungslose
Obst-
und Traubenläfte
alkoholfrei, naturrein, ohne jede
Konservierung.
Probierliste mit 12 Flaschen
4 Flaschen Strauchheimer
3 Flaschen Traubenmost (rot)
3 Flaschen Traubenmost (weiß)
2 Flaschen Typ Burgunder
einschließlich Flasche, Kiste und Verpackung 19.20 RM gegen Nachnahme oder Voreinsendung
auf Postcheckkonto: Hannover 21365.

Internationaler alkoholfreier Industrie G. m. b. H., Bückeburg.

Anzeigen aus Bethel.

Es werden hin und her in den Häusern unserer An-
stalt Emailleschilder, Haustürschilder usw. gebraucht. Wir
machen darauf aufmerksam, daß dieselben mit jeder ge-
wünschten Beschriftung in unserer Werkstatt angefertigt
werden.

Besgleichen Beschriftungen auf Karton und Glas.
Malerei der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Westpostfach: Dr.
F. Suttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften
für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geld-
sendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“ Christ-
liches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3918, Am
Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Erst prüfen, dann kaufen!

Pianos
Harmoniums
erstklassige und solide
Fabrikate.
Mäßige Preise! Bequeme Teil-
zahlung
Bielefelder Piano-u. Harmonium-Abt.
Otto Stierstadt
Bielefeld, Arnstädterstr. 11.
Gegr. 1905. Tel. 359

Stadt-Sparkasse
REICHSBANKFÜR SÄMTLICHE KREISE
BIELEFELD

Ferien

im Berner Oberland!
Evangel. Erholungsheim Hall-
berghaus, Goldern. Herrl.
Hochgebirgslage (1000 m) sonnig
windgeschützt. Gärten, Wiesen,
Wälder, ebene Wege. Berg- und
Gletscherfahrten. Sorgfältige
Verpflegung. Traul. Familien-
leben. Illust. Prospekt von
Dr. R. Burckhardt, Pfarrer.

Kinderheim

„Haus Dörpfeld“

Nordseeinsel Föhr.

In den Monaten Sept.-Oktob.
sind noch einige Plätze frei. Preis
für 6 Wochen nur, einchl. ärzt-
licher Überwachung, 130.— M.
Anmeldungen nur bei der
Geschäftsstelle der evangel.
Schulgemeinde e. V., Barmen,
Sonntagsstr. 37. Ruf 5548.

Seit einer
gemeinen Fr-
bundes für in
besprochen ja
ung empfunden
plänen, sonde
sind Versuche
solchen Sonnt-
sonntagen de
sollten auch i
sonntag feier
bet für den
Frieden zu d
Kirchen gehi
welche besser
die Gemeinde
mit der Frie
anzuwenden,
densonntag?

Wenn auc
Kirchengedete
großen Kriege
Feier eines
dem Kriege
feier in den
Gestalt gewo
Weihnachten
schaft bereits
vielen Geme
seit 1924 ben
bundes für
Friedensgefes
Biedererfüh
bury und Jo
Zustimmung
kirchenrates.
der Tschechos
wird in viele
oder einem
Friedens ge
Allerheiligen
an einem So
dem Krieg d
dig, aber na
stillstandstag
ist man in f
ökumenischer
Bewegung h
Freundschaft
am liebsten a
den protestan
sonntag gefe
platz des blu
man schon
dürftis für e

In den 2
wird noch i
friedensfreun
Kreise, hatte
Kampf zu b
alles daran,
machen. Es
Gemeinschaft
gung gelungen
seit Novembe
Friedensfeier
den Kirchen
Später wur
sonntag eing
Kirchen der
des Kriege
sammlungen
Friedenssonn
feiern eine
sonntag, w
haben. Und
ökumenische
liche Natione

Und wie
im Jahre 19
schaftlicher
land den Ge
aufgegriffen
seine Durch
damals noch
erwähnt, di
einen solchen
fang, indem
Freundschaft
gottesdienst
im Interesse
eine badische
wurde auf i
an einem A
werde. Auc
Gelegenheit
gruppe ließ
Aufforderung
zu nehmen,

Beilage des Aufwärts

Nr. 115.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 17. Mai 1930.

12. Jahrgang.

Ein Friedenssonntag.

Seit einer Reihe von Jahren wird die Feier eines allgemeinen Friedenssonntags in den Kreisen des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen besprochen, ja als eine Forderung christlicher Weltanschauung empfunden. Und es blieb nicht nur bei Worten und Plänen, sondern in einer Anzahl von Ländern und Städten sind Versuche mit der Abhaltung und Einführung eines solchen Sonntags neben den andern Fest- und Gedächtnis-sonntagen des Kirchenjahrs gemacht worden. Warum sollten auch die Kirchen nicht einen jährlichen Friedenssonntag feiern? Die Ueberzeugung, daß nicht nur das Gebet für den Frieden, sondern auch die Arbeit für den Frieden zu dem ureigenen Arbeitskreis der christlichen Kirchen gehöre, bricht sich immer mehr Bahn. Und welche bessere Gelegenheit gibt es, diese Ueberzeugung in die Gemeinden hineinzutragen und die Gemeindeglieder mit der Friedensarbeit bekannt zu machen und für sie anzukurbeln, als ein jedes Jahr wiederkehrender Friedenssonntag?

Wenn auch die Bitte um Frieden wohl in den meisten Kirchengebeten enthalten war, so haben doch vor dem großen Krieg wenig christliche Gemeinden der Welt an die Feier eines besonderen Friedenssonntags gedacht. Seit dem Kriege hat der Gedanke an eine kirchliche Friedensfeier in den meisten Ländern Freunde und vielfach auch Gestalt gewonnen. In England wurde der Sonntag vor Weihnachten auf Anregung der britischen Friedensgesellschaft bereits um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in vielen Gemeinden als Friedenssonntag begangen. Und seit 1924 bemüht sich die britische Vereinigung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit in Gemeinschaft mit der Friedensgesellschaft und der Völkerbundsliga um seine Wiedereinführung. Die englischen Erzbischöfe von Canterbury und York haben einem dahin zielenden Aufruf ihre Zustimmung gegeben, ebenso wie der Präsident des Freikirchenrates. In Holland, Litauen, Norwegen, Polen und der Tschechoslowakei, ja auch in Spanien und Portugal, wird in vielen Gemeinden an einem der Adventsontage oder einem der Weihnachtstage in besonderer Weise des Friedens gedacht; in Schweden jedoch am Sonntag nach Allerheiligen und in den evangelischen Kirchen Italiens an einem Sonntag im März. In Frankreich war schon vor dem Krieg der Gedanke an einen Friedenssonntag lebendig, aber nach dem Kriege wurde zunächst der Waffenstillstandstag auch von Seiten der Kirchen gefeiert. Jetzt ist man in französischen Weltbundeskreisen geneigt, einen ökumenischen Friedenssonntag, der aus der ökumenischen Bewegung heraus, und zwar gerade vom Weltbund für Freundschaftsarbeit, vorgeschlagen wurde, einzuführen, am liebsten am 2. Advent, da dieser Tag schon seit 1911 von den protestantischen Kirchen des Elsas als Friedenssonntag gefeiert wurde. Hier im Grenzland, dem Schauplatz des blutigen Zusammenstoßes zweier Nationen, hat man schon früher als anderswo Verständnis und Bedürfnis für einen solchen Tag gehabt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wurde und wird noch der Waffenstillstandstag gefeiert. Aber die Friedensfreunde, das sind weithin die kirchlichen Kreise, hatten um die Art der Feier einen nicht leichten Kampf zu bestehen; denn die Kriegsrüstungsleute setzten alles daran, den Tag zu einem Kriegsrüstungstag zu machen. Es ist jedoch dem amerikanischen Kirchenbund in Gemeinschaft mit der amerikanischen Weltbundesvereinigung gelungen, den Sieg davon zu tragen; und so wird seit November 1926 der Tag in ihrem Sinne als ein Friedensfeiertag begangen. Auch in Australien wurde von den Kirchen zunächst der Waffenstillstandstag mitgefeiert. Später wurde jedoch ein besonderer jährlicher Friedenssonntag eingeführt, an dem die Freundschaftsarbeit der Kirchen der Gegenwart der Predigten und die Achtung des Krieges das Vortragsthema in vielen sonstigen Versammlungen ist. Selbst in den Kirchen Ostasiens ist der Friedenssonntaggedanke nicht unbekannt. In Japan feiern eine Anzahl Kirchen einen solchen am 4. Advents-sonntag, während andre noch den Waffenstillstandstag haben. Und in China wartet man auf den Vorschlag eines ökumenischen Friedenssonntags, für den dann der Christliche Nationalrat sich einsetzen will.

Und wie steht es in Deutschland? Hier hatte bereits im Jahre 1909 das kirchliche Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England den Gedanken an einen kirchlichen Friedenssonntag aufgegriffen, aber von kirchenbehördlicher Seite wurde seine Durchführung als unmöglich bezeichnet. Doch im damals noch deutschen Elsaß richtete, wie oben bereits erwähnt, die Kirche Augsburgischer Bekenntnisses 1911 einen solchen ein. Nach dem Kriege machte Baden den Anfang, indem die Heidelberger Gruppe des Weltbundes für Freundschaftsarbeit im Anschluß an den Nachmittags-gottesdienst des 2. Advents eine besondere Versammlung im Interesse der Friedensarbeit einrichtete. Als sich dann eine badische Landesgruppe des Weltbundes gebildet hatte, wurde auf ihren Antrag von der Synode beschlossen, daß an einem Advents-sonntag allgemein des Friedens gedacht werde. Auch eine Kollekte für den Weltbund bei dieser Gelegenheit wurde genehmigt. Die Würzburger Weltbundesgruppe ließ seit 1922 an die Pfarrämter der Stadt die Aufforderung ergehen, einen Sonntag der Friedensarbeit zu widmen, und schickte auch einschlägiges Material mit.

Ein Antrag beim bayerischen Landeskirchenamt zu Gunsten eines Friedenssonntags hatte noch keinen Erfolg. Ein persönlicher Aufruf an die Pfarrer, der im Korrespondenzblatt der evangelisch-lutherischen Geistlichen auf Anregung der Gruppe erschien, führte jedoch zur Einbürgerung eines Friedenssonntags in einigen Gemeinden. In Danzig ist auf Anregung des dortigen Generalsuperintendenten der 1. Advent wiederholt als Friedenssonntag gefeiert worden. Auch in andern deutschen Ländern hat der Weltbund und der Friedenssonntag Freunde, wenn auch von großen Erfolgen nichts berichtet werden kann. Immerhin verdient ein Besuch der Berliner Ortsgruppe noch Erwähnung. Von ihr ging im Jahre 1926 ein Rundschreiben an alle Berliner Kirchengemeinden mit der Aufforderung, einen der Adventsontage der Friedenssache zu widmen. Ein Aushang des Berliner Pfarrers antwortete, und etwa die Hälfte von diesen hat den Friedenssonntag eingeführt. Auch der Rundfunk ist dort schon in den Dienst des Friedenssonntags gestellt worden. Schließlich wäre noch eine groß angelegte Werbeaktion der deutschen Vereinigung des Weltbundes vom Jahre 1928 zu nennen, von der alle deutschen Kirchen erreicht werden sollten. Sie mußte aber aus hier nicht weiter zu erörtern.

Verstand ist vom Verstehn, Vernunft ist vom Vernehmen; Die beiden brauchen sich nicht ihres Stamms zu schämen. Verstanden haben ist zwar mehr als bloß vernommen, Ein unverständenes Vernommenes kann nicht frommen. Doch kann der Mensch verstehn nur, was er recht vernahm, Was ihm von außen her, was ihm von oben kam.

Rüchert.

den Gründen noch im Anfang abgebrochen werden. Hoffentlich kann sie bald wieder aufgenommen und dann auch erfolgreich zu Ende geführt werden. Erst eine solche durchgeführte Aktion kann einigermaßen zeigen, wie die deutschen Christen zur Sache stehen.

Im eben herausgekommenen 2. Vierteljahrsheft der Zeitschrift „Die Eiche“ steht ein umfangreicher Artikel über den Friedenssonntag vom Herausgeber, Professor D. Siegmund Schulze (Leopold Klotz, Verlag, Gotha). Hier ist wohl zum erstenmal alles einschlägige Material zusammengetragen und bearbeitet worden. Im Eingang weist der Verfasser darauf hin, daß der Weltfriedensfeiertag kommt — „er kommt als ein weltlicher Feiertag, vielleicht sogar mit einer Spitze gegen die allzulange friedensfeindlich gebliebenen Kirchen, wenn die Kirchen nicht rechtzeitig von sich aus für den Friedensfeiertag sorgen. Ach, daß sie längst sowohl in der Arbeit wie in der Feier des Friedens die Führung übernommen hätten! Wer hat denn ein gleiches Interesse am Frieden wie die Christengemeinde? Welcher menschlichen Gemeinschaft sonst hat als Wiegenesang geklungen: Friede auf Erden! Welcher Herrscher geistiger oder weltlicher Art ist von Anbeginn als der Friedefürst erkannt und verkündigt worden? Von welcher andern Gemeinschaft konnte gesagt werden: Wie die Seele den Leib zusammenhält, so halten die Christen die Welt zusammen! Ja, wenn es nur heute noch Wahrheit wäre oder wieder Wahrheit würde!“

Theophil Mann, Frankfurt a. M.

Sittliche Maßstäbe im öffentlichen Leben.

Es gibt eine weitverbreitete Ueberzeugung, die dahin geht, daß Ethik und öffentliches Leben mehr oder minder unabhängig voneinander sind. Man billigt der Wirtschaft und der Politik eine „Eigengesetzlichkeit“ zu, die von außen her nicht gestört werden dürfe, sondern immer nur von innen verstanden werden könne. Sozial-ethische Bemühungen, die gleichwohl auf eine sittliche Durchdringung auch des sozialen Lebens abzielten, blieben meistens auf die Theorie beschränkt. Studenten der Philosophie und Theologie beschäftigten sich damit, ohne daß es ihnen gelangen wäre, das Dogma von der Eigengesetzlichkeit irgendwie zu erschüttern. Die sozial-ethische Theorie sah ganz anders aus wie die Praxis des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Brücken von hüben nach drüben und umgekehrt waren kaum vorhanden.

In den letzten Jahren ist nun mancherlei unternommen worden, den Zwiespalt zu überwinden. Man hat versucht, das Leben in seiner Gesamtheit unter einheitliche Leitfäden und Richtlinien zu stellen, denen nicht nur das Individuum in seinen mannigfachen Betätigungen, sondern ebenso die Gesamtheit unterworfen ist. Erinnerung sei nur an die schon fast drei Jahrzehnte alte Jugendbewegung, die mit jugendlichem Idealismus daran ging, sittliche Maßstäbe, die bis dahin in Geltung waren, einer Revision zu unterziehen. Sie wollte überall da Wandel schaffen, wo ihr Krankheit und unnatürliche Lebensweise entgegentrat.

Gewisse Neuanfänge im partei-politischen Leben der Gegenwart weisen nach einer ganz ähnlichen Richtung. Die Daseinsberechtigung der verschiedenen politischen Parteigruppen gilt nicht mehr in demselben Maße als gesichert, wie etwa noch vor wenigen Jahren. Der Austritt Prof. Hellpachs aus der Deutschen Demokratischen Partei ist in mehr als einer Beziehung symptomatisch.

Und die Bemühungen des Christlich-sozialen Volksdienstes gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang. Man hat heute in weiten Kreisen kein Verständnis mehr für klassenmäßigen Egoismus, ganz gleich, ob er sich äußerlich durch das Bekenntnis zum Klassenkampf-Gedanken kund gibt, oder nur in der nüchternen Praxis des politischen und wirtschaftlichen Lebens so hervortritt. Ganz ähnlich hat sich ein eng gefaßter Nationalismus, dem es ausschließlich um das Recht und das Dasein der Nation zu tun ist, mehr und mehr überlebt. Und schließlich wird vielleicht noch einmal die Zeit kommen, wo auch in kultureller Beziehung egoistische Bestrebungen keine Anhänger mehr finden, wenn statt der trennenden Unterschiede die verbindenden Gemeinsamkeiten mehr betont und in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Als einen wichtigen Träger ethischer Reformbestrebungen in der Gegenwart wird man die Zeitschrift „Ethik“ zu nennen haben, die bereits im 6. Jahrgang erscheint und von Geh. Med.-Rat Prof. Dr. Emil Abderhalden in Halle herausgegeben wird. Sie bietet in ihren Spalten Gelegenheit zur Debatte, an der Menschen aus den verschiedensten politischen und weltanschaulichen Lagern teilnehmen. Infolgedessen fehlt es oft nicht an hart aufeinander prallenden gegensätzlichen Meinungen und Auffassungen. Und doch wird man von allen Mitarbeitern der „Ethik“ sagen können, daß sie von demselben ethischen Verantwortungsbewußtsein durchdrungen sind. Es geht ihnen um die Ueberwindung der Eigengesetzlichkeit des politischen und sozialen Lebens, und um eine einheitliche Durchdringung aller Lebensbeziehungen nach sittlichen Maßstäben.

Ein Thema, das in der „Ethik“ Behandlung findet, ist z. B. die Alkoholfrage, die mit besonderer Ausführlichkeit nach den verschiedensten Gesichtspunkten dargestellt wird. Theologen setzen sich mit Medizinern auseinander, Führer des Wirtschaftslebens stellen ihre Ansicht gegen die von Angehörigen der Jugendbewegung. In der letzten Nummer der „Ethik“ findet man z. B. eine längere Arbeit über das Thema „Alkohol-Kapitalismus und Wirtschaftsethik“, in der ausführlich von der Stellung der Presse zur Alkoholfrage die Rede ist. Der bekannte Berliner Theologe Friedrich Mahling schreibt über „Ethische Motive für Alkoholverbottung“. — Daneben stehen berufsethische Fragen im Vordergrund des Interesses. Die Grenzgebiete zwischen Sittlichkeit und Kunst, ebenso die zwischen Religion und Sittlichkeit werden lebhaft diskutiert. Gelegentlich wird auch vorhandene oder im Entstehen begriffene Volksfeste Besprechungen unterzogen. Das gilt z. B. vom Muttertag, für den sich Geh. Rat Abderhalden schon seit einigen Jahren eingesetzt, so daß allmählich immer weitere Kreise an der Feier des Tages im Mai teilnehmen.

Neben dem Dogma von der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft und Politik gibt es einen anderen Glaubenssatz, der genau so verhängnisvoll ist und von der Zeitschrift „Ethik“ ebenfalls bekämpft wird. Es handelt sich um den Satz von der Eigengesetzlichkeit der Naturwissenschaft, von der ebenfalls breite Volksschichten überzeugt sind. Gedacht sei etwa nur an die praktische Haltung, die in Fragen des Geschlechtslebens eingenommen wird. Man stellt sich weithin auf den Standpunkt, daß biologische Notwendigkeiten mit sittlichen Maßstäben nichts zu tun haben, sondern ihren eigenen Gesetzen unterworfen sind. Fragen, wie die der Geburtenbeschränkung und -verhütung gelten als ethisch neutral.

Solange der Gegensatz zu diesem Dogma von der Eigengesetzlichkeit der Naturwissenschaft lediglich von Theologen gefordert wurde, war die Aussicht auf einen Wandel der allgemeinen Anschauungen und Praxis gering. Um so erfreulicher ist es deshalb, daß die Zeitschrift „Ethik“ zahlreiche Kräfte zu ihren Lesern zählt, die mit den Pfarrern gemeinsam eine Revision sexual-ethischer Anschauungen erstreben. Geh. Rat Abderhalden ist der Führer eines besonderen Ethikbundes, dem vor allem Mediziner und Theologen angehören. — In der neuesten Nummer der „Ethik“ betrachtet R. Engemann, Kiel, das Eheproblem vom medizinischen Standpunkt, J. Pachel, Berlin, bringt Erziehungsgedanken zur Ehereform, und Gertrud Sinn-Ubbelohde schreibt über Ehescheu und Sittlichkeit.

Es versteht sich von selbst, daß eine Zeitschrift wie die „Ethik“ sich nicht mit mehr oder weniger allgemeinen Fragestellungen und Antworten begnügen kann, sondern, wenn sich Gelegenheit dazu bietet, in die ethische Debatte der Tagespolitik eingreifen muß. So wird z. B. augenblicklich energig gegen protestiert, daß die Reichspost vielfach verfährt, wenn es sich um Zustellung von Druck-sachen handelt, die sittlichen Anstoß erregen. Es wird gefordert, daß die entsprechenden Paragraphen der Postordnung und des Weltpostvertrages innegehalten werden, nach denen die Post verpflichtet ist, solche Sendungen von der Beförderung auszuschließen, deren Außenseite oder sichtbarer Inhalt gegen die Sittlichkeit verstößt. Es wird angeregt, daß Empfänger von unsittlichen Druckschriften sich in jedem einzelnen Fall an die zuständige Oberpostdirektion wenden und auf Abhilfe dringen.

Es ist dringend zu wünschen, daß die Zeitschrift „Ethik“ weitere Freunde gewinnt. Sie kann durch jede Buchhandlung für 6 Mark, bei direkter Zustellung von der Ausgabe in Halle, Magdeburgerstr. 21, für 5 Mark pro Jahrgang bezogen werden.

Dr. Sch.

„Die Kirche brems!“

Dies Schlagwort war bereits vor etwa 10 Jahren dem kommunistischen Führer (Amtsvorsteher und Malermeister) in einem Industriedorf im „roten Herzen“ Deutschlands der letzte, entscheidende Einwand, wenn alle anderen Angriffe gegen Kirche und Christentum abgewiesen oder als kleinliche Aufbauschung nachgewiesen waren. Natürlich bringt es nicht nur die Stimmung des einzelnen Mannes und seiner Anhänger, sondern einen weit verbreiteten, ja, grundsätzlichen Einwand und Widerspruch des Marxismus als solchen gegen die Kirche zum Ausdruck. Selbst wenn man ganz davon absieht, einen Gegner davon überzeugen zu wollen, daß das Christentum einem wirklichen kulturellen Fortschritt keineswegs im Wege zu stehen braucht, ja, ihn nachweislich oft genug gefördert hat, gibt es doch keinen näherliegenden Einwand gegen jenes Schlagwort, als die Frage, ob es denn empfehlenswert sei, in einem Auto oder anderem Gefährt eine Reise ohne Bremse anzutreten; Bremse und Steuer sind mit und neben dem Antrieb das Wichtigste für jedes Gefährt. Aber mit solch einem wohlwollenden Hinweis würde man der eigentlichen Anschauung und den tieferen Strebungen, die dem genannten Wort zugrunde liegen, keineswegs ohne weiteres gerecht werden. Es handelt sich nicht etwa bloß darum, daß die Kirche bei dem Kampfe der Arbeiterklasse um ihr Recht und um eine ganz neue Wirtschaftsordnung allzu sehr zur Vernunft und somit zur Mäßigung rate, ohne doch das Drängen der Not und den materiell bedingten Schrei der bedrückten Massen aus der Tiefe ihrer Not recht gewürdigt zu haben — das würde die vorhandene grundsätzliche Kirchenfeindschaft keineswegs erklären. „Die Kirche brems!“ — damit ist nicht etwa eine erfahrungsgemäß zutragende falsche Einstellung der Kirche, auch nicht die ohne Zweifel große Zahl der von kirchlicher Seite im einzelnen begangenen Fehler und Versäumnisse gemeint; vielmehr zielt solch ein Wort auf einen in der Tiefe liegenden Gegensatz zwischen marxistischer und christlicher Weltanschauung ab. Es handelt sich nicht bloß um ein „Bremsen“ in Fragen der Wirtschaft, der Politik, des Standes, der Klasse, sondern um ein solches in den letzten Tiefen des denkenden und urteilenden menschlichen Bewusstseins überhaupt. Gebremst, und zwar mit aller Entschlossenheit gebremst, hat ja auch Lenin, und er hat es aus marxistischem Denken heraus verstanden, gerade in solchem zeitweiligen, den Umständen Rechnung tragenden Sich-anpassen den unerminderten, eher noch gesteigerten, zielbewußten, in sich selbst völlig hemmungslosen Radikalismus seinen eigenen Anhängern unzweideutig klar werden zu lassen. Nicht anders denken und handeln heute seine Epigonen. Der Widerwille gegen das Bremsen richtet sich aber wider die Stelle, wo, und die Art, wie gebremst wird. Das Christentum kennt letzte und tiefste Hemmungen und Zeitungen durch das Gewissen — ja, es rechnet diese Gewissenshemmungen und Gewissenstriebe zu dem Entscheidenden und für die Gewinnung der letzten Werte Wichtigsten auf der ganzen „Jahrt“ des Lebens. Hingegen kennt der Kommunismus eigentlich nur ein entscheidendes Hindernis auf seinem Wege — das christliche Gewissen! Radikalste Gewissenlosigkeit ist ihm die eigentliche Vorbedingung all seines Denkens und Wollens. Nicht nur seelenloser Materialismus, sondern zumal eine das Gewissen vernichtende Alleinherrschaft eines in sich unbändigen, „Vernunft“-Radikalismus, der sich keineswegs etwa scheut, sondern es im Gegenteil für etwas ganz selbstverständliches hält, seine ihm eigentümlichen Ziele mit fanatischer Schläue und List zu erreichen, steht auf seiner Fahne. Da kann es nichts Schlimmeres geben, als in dieser völligen Freiheit vom Gewissen schwankend und nicht folgerichtig und entschlossen zu sein — zu „bremsen“. Alles Halbe und Unentschlossene muß der Bolschewismus deshalb als seinen ärgsten Feind hassen und vernichten. So mußte er bei den „Dunkelmännern“ und wie es sonst heißen mag, die eigentliche letzte Macht der „Lüge“ sehen, wenn — nun, wenn er überhaupt anders als in propagandistisch-kluger Einstellung auf in Wirklichkeit natürlich völlig veraltete und belanglose Reste bürgerlicher Denkwelt wie „Wahrheit“, „Lüge“ usw. sich beziehen könnte. In dem bestirrenden Netz des bolschewistischen Denkens mit seiner scheinbar großartigen und unbeirrbarsten Folgerichtigkeit ist hier aber doch eine Maske offen geblieben — die von ihm verleugneten letzten Werte des „bürgerlichen“ Denkens und Urteils mühten ihm, wollte er echte Dauer haben und nicht schließlich sich selbst von innen her zersetzen, doch irgendwie Wirklichkeiten sein. Gewiß finden sie gar nicht selten tatensstarke Gewissens-Wirklichkeiten gerade dort, wo man weltanschaulich „nein“ zu ihnen sagt; deutlich genug hat Jesus selbst die „Herr, Herr“ und „Ja“-Sager, und die Täter des Wortes, auch wenn sie „nein“ sagen, gegenübergestellt. Aber eine bloß formale dialektische Gesetzmäßigkeit daraus ableiten zu wollen, wäre sinnlos und würde das auf der einen Seite herausgewiesene Uebel sogleich durch eine Hintertür voll und ganz, ja, bedeutend verstärkt, wieder hereinlassen. Tatsächlich vertritt auch weder das Christentum noch das marxistische Freiheitskern eine bloß formale, neutral-philosophische Dialektik. Soll nicht eine beiden Teilen widerwärtige Laune herauskommen, so muß bei aller praktisch angewandten Dialektik im letzten Grunde das eine der beiden Glieder, entweder das „Ja“ oder das „Nein“ die schließlich doch stärkere Betonung und letztlich überwindende Macht in sich tragen. In christlicher Dialektik ist zwar das Menschlich-Gute schlechterdings gelehrt, damit Gott allein die Ehre habe und jedes bloß menschliche „Ja“ zerbrochen werde; aber die überwältigende Wirklichkeit Gottes, wenn auch in vollem Widerspruch zu allen Möglichkeiten des menschlichen Geisteslebens, birgt doch das wunderbare letztlich sieghafte „Ja“ der Vergabung, des Lebens und der Auferstehung in sich. Sprechen wir von den Gewissenswerten, so könnten wir in ihnen im marxistischen Freiheitskern zwar auch, ganz

wie im Christentum, „unwirkliche Wirklichkeiten“ sehen; während aber am Christentum der Ton um der sieghaften Gottesmacht willen zuletzt doch auf die zweite Hälfte des Gegensatzpaares gelegt werden muß, liegt er im Freiheitskern ohne jeden Zweifel auf dem ersten Gliede. Zwar weiß man die Gewissenswirklichkeiten geradezu glänzend und virtuos in der Arbeit der Propaganda an den Volksmassen auszunutzen, aber daß sie im Grunde doch etwas durchaus Unwirkliches sind, womit man aber gerade deshalb um so virtuoser und ungebundener sein Spiel treiben kann und soll, ist die letzte und tiefste Selbstverständlichkeit. So muß der die Gewissenswerte vernichtende und vernichtende Kommunismus Kreuz und Auf-erhebung hassen, da sie seiner letzten Freiheit — der vom Gewissen! — widersprechen, da sie — „bremsen“. Freilich vernichtet sich Satans Werk schließlich selbst; aber eine relative, auf die — mechanistisch und materialistisch aufgefaßte — Vernunftwirklichkeit aufgebaute Einheitlichkeit gibt ihm doch zunächst „groß Macht und viel List“ als eine wahrhaft grausame „Rüstung“ in dem Kampf, in dem es für die Christenheit keinen schließlichen Sieg gibt ohne die Bitterkeit des Kreuzes.

Berufen wir, dies entschlossene bolschewistische Freiheitskern geistesgeschichtlich einzuordnen, so bemerken wir bald seine Verwandtschaft mit Kräften, die auch im „Bürgertum“, zumal seit der Renaissance, sich eingenistet haben und die Führung an sich zu reißen verstanden. Gewiß waren sie bei uns vom Pietismus, und sobann von der heute viel verklärten Frömmigkeit der Romantik und des Idealismus im vorigen Jahrhundert im Rahmen des Bürgertums mit seiner wesentlich auf das Einzelne schauenden Einstellung einigermaßen zurückgedrängt. Aber der gewaltige Erfolg rationaler Forschungen, vor allem die Technik mit ihren Massenbetrieben und die hiermit gegebene neue Massen-Menschennot brachte neue Erschütterungen des bürgerlich-christlichen Gleichgewichtes mit sich, die das Aufkommen bolschewistischer Geistes an verschiedenen Stellen erklärlich machen. Die Gefahr liegt nicht etwa darin, daß man eine neue rationale Wirtschaftsordnung sucht — weshalb sollten wir einer solchen grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen?! — sondern daß man eine radikale Technisierung und Materialisierung des ganzen Lebens und Daseins damit verknüpft zu müssen meint, die der Bedrohung der menschlichen „Existenz“, die allerdings auch im Christentum liegt, einen letztlich negativen, nihilistischen Charakter gibt und der tiefsten Macht der Vernunft und der Lüge damit die Herrschaft in die Hand gibt. In diesem erneuten Abfall vom Christentum trifft sich der Geist der Hemmungslosigkeit, zumal auch im geschlechtlichen Leben, der das zu geniale Schaffen befähigte Volk der Griechen in den Abgrund der Selbstvernichtung geschichtlich hingeführt hat, mit dem jüdisch-phantastischen Geiste, der, wie ein Engel des Lichts, äußerlich schön und wertvoll in seiner Erscheinung, innerlich aber voll Moder, Unrat und widerwärtiger Heuchelei ist. Das Ganze ist das Gesicht und der „Geist“ des Kultur-Bolschewismus, der nicht etwa nur das Proletariat (dieses verhältnismäßig sogar noch am letzten), sondern auch das ganze Bürgertum, ja, die ganze abendländische Kultur, mit Zerstörung, Vernichtung und Untergang bedroht. Man spricht vom „Gewissen“, und meint — charakteristischweise! — nichts anderes als Gewissenlosigkeit. Man spricht von der Not des Trieb- lebens, und meint die Haltlosigkeit des sittlichen Willens. Wie schleichendes Gift durchdringt dieser Geist alle Kreise — auch wenn sie wirtschaftlich scheinbar zum Marxismus durchaus im Gegensatz stehen! Hier liegt die eigentliche und wirkliche tiefe Not der Gegenwart. Was dabei vom Proletariat noch einigermaßen zu erklären oder zu entschuldigen ist, ist in weiten Kreisen des Bürgertums sehr viel weniger zu entschuldigen. Wichtig ist hierbei für uns einmal die Klarheit der Erkenntnis des offenen Abgrundes und andererseits der Not zum „Bremsen“, der Not zur „Rückständigkeit!“ Wenigstens insofern, als diese „Rückständigkeit“ nicht einfach ein Fasten am Allhergebrachten als solchem ist, sondern überhaupt bestimmte Maßstäbe und Regeln für unser sittliches Leben anzuwenden mag. Die Zahl solcher Maßstäbe mag ganz gering und zentral orientiert sein — man denke an das „Gebot der wahrhaften Liebe“ — aber ohne einen bestimmten Inhalt fehlt ihnen jegliche Wirkungskraft. Ohne solchen bestimmten festen Inhalt sind wir der letzten ewigen Verdrängung preisgegeben, der jedes sittliche Streben nur „Name“, leerer Schall und schließlich eitel Lüge und Falschheit ist. Der bestimmte Inhalt ist aber in dem Namen aller Namen gegeben, Jesus Christus, hinter dessen allerdings bedeutungslos Schall und Klang doch der wahrhafte und unaussprechliche Name steht, den die Propheten gesucht und die Apostel verkündigt haben, in dem der Vater sein Schöpfungswort sprach und aus dessen Geiste die eine heilige allgemeine Christenheit allein zu leben vermag. Er „brems“ nicht allein, sondern er führt in seinen eigenen bestimmten Bahnen, die weit umfassender sind als bloß „eherne ewige Gesetze“, lenkt und leitet zur Wahrheit und so zu rechter Freiheit. Bestimmte Regeln und Ziele für Leben und Dasein sehen wir in seinem Leben und Dasein vorgebildet. Gewaltig ist sein Ernst der Gesetzesauslegung und der Gotteskraft, in der er selbst diese Gesetze, zunächst in ihrer sich selbst aufopfernden, wahrhaften Liebe, erfüllt. Im tiefsten Grund unseres ganzen Daseins erfährt uns seine „Gnade“ in ihrer wunderbaren Lauterkeit und Reinheit; sie schafft uns eigentlich erst ein Dasein und Leben, das wir zuvor nicht hatten und aus uns nicht haben, weist uns auf ganz bestimmte, aber neue Wege. Die größte Gnade aber gibt Er seiner Christenheit, indem er sie zum Führerum befähigt durch die letzte große und unbedingte Entscheidung, die Er fordert und vor die Er uns in radikalster Einseitigkeit stellt: „Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich; und wer nicht mit mir sammelt, der zerstreuet.“

Glaß, Viernau.

Das Jubiläum eines Kirchenliedes

Auch Kirchenlieder haben ihre Geschichte. In diesem Jahr werden 300 Jahre vergangen sein, seitdem das Lied gedichtet worden ist: „Nun danket alle Gott!“ Es ist ein Irrtum, wenn man früher meinte, das Lied sei 1644 in der Hoffnung auf den Frieden gedichtet worden; ebenso irrtümlich ist die Behauptung, der Dichter müsse zur Jubelfeier der Augsburger Konfession, zum 25.-27. Juni 1630, das Lied verfaßt haben. Vielmehr steht nach Martin Rindkarts, des Dichters, eigenen Angaben fest, daß das Lied, das des Dichters Namen allbekannt gemacht hat, 1636 zuerst im Druck erschien. Freilich hat Rindkart das „Jesus-Herzblüthen“, in dem das Lied enthalten war, schon 6 oder 7 Jahr früher druckfertig gehabt. Doch wegen der betäubten Zeiten, so schreibt er, habe er es nicht eher als 1636 zum Drucke bringen können. In dem Büchlein wird es bezeichnet als „Tischlied nach dem Essen“, als „Gratias“. Sicher ist demnach, daß das Lied 1636 gedruckt und 1630 oder 1631 gedichtet worden ist. Das war um die Zeit, als Gustav Adolf seinen Siegeszug durch Deutschland ausgeführt hatte; es war in den Jahren, als Rindkart viel Freude und Glück in seiner Familie erleben durfte, als seine Kinder den Tisch umblühten wie Oelzweige. Wir können es begreifen, daß er da seine Gabe gestimmt hat zu dem Liede, das wie kein anderes zeigt, daß er ein Dichter war von Gottes Gnaden. Seitdem Johann Krüger, der Berliner Tonmeister, Paul Gerhards Freund, im Jahre 1648 die herrliche Melodie zu dem Liede geschaffen hat, hat man es weit und breit gesungen, wo man den Drang in sich fühlte, für geistlichen und leiblichen Segen, insbesondere auch für das tägliche Brot und die Gaben des Feldes, Gott dem Herrn zu danken.

Der dem Liede zugrunde liegende Bibeltext steht Sirach 50, 24-26. Es wird uns dort die Herrlichkeit der vom Hohenpriester verrichteten Gottesdienste geschildert. Nachdem die Opfer dargebracht worden waren, bliesen die Priester die Posaunen, und die Sänger stimmten Psalmen an. Alsdann fiel die Gemeinde betend auf das Angesicht, der Hohenpriester gab den Segen, und die Gemeinde schloß die Feier mit dem Gebete: „Nun danket alle Gott, der große Dinge tut an allen Enden, der uns von Mutterleibe an lebendig erhält und tut uns alles Gute. Er gebe uns ein fröhlich Herz und verleihe immerdar Frieden zu unserer Zeit in Israel und daß seine Gnade stets bei uns bleibe und erlöse uns, solange wir leben.“ Diese Stelle, die als eine Perle unter den Sprüchen der apokryphischen Bücher bezeichnet werden kann, war zu Rindkarts Zeiten wohl bekannt. In einigen alten Gesangbüchern war sie als Loblied enthalten, ehe der Rindkartsche Gesang gedichtet worden war. Rindkart hat aus dem Abschnitt des Buches Sirach die beiden ersten Strophen seines Liedes gebildet. Der dritten Strophe aber legte er einen nicht minder hochfestlichen liturgischen Spruch zugrunde, nämlich das von alters her in allen Gottesdiensten gesungene und auch heute noch weithin bekannte: „Ehre sei dem Vater und dem Sohne und dem heiligen Geiste, wie es war im Anfang, jetzt und immerdar und von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen.“ Die Wendungen, die Rindkart an den beiden Stellen vorgenommen hat, sind geringfügig. Ihre Zusammenfügung in das nun einheitliche Lied bleibt dennoch ein Meisterstück.

Das Lied ist zum echten deutschen Volkslied geworden, das bei den verschiedensten Gelegenheiten gesungen wurde. Im Siebenjährigen Kriege waren am Morgen des 5. Dezember 1757 die Heere Friedrichs des Großen unter den Klängen des: „O Gott, du frommer Gott!“ bei Leuthen in den Kampf gezogen. Im Laufe des Tages ward ein herrlicher Sieg erkämpft. Das ermüdete Heer lagerte abends auf dem Schlachtfelde. Von Hunger, Frost und Müdigkeit überwältigt, sanken viele auf den feuchten Boden hin. Ringsum stöhnten Verwundete. Bei jedem Schritte stieß man auf Leichen. Die Dunkelheit der Nacht machte alles noch schauerlicher. In dieser düsteren Umgebung fing auf einmal ein Soldat an, laut und mächtig zu singen: „Nun danket alle Gott!“ Von denselben Gefühlen ergriffen, fielen die Musikanten mit den Instrumenten ein, und in einer Minute sang das ganze Heer das Loblied mit. Dem Könige sollen bei dieser Gelegenheit die Worte entfahren sein: „Mein Gott, welche Kraft hat die Religion!“

Und 1813, als Yorks Landwehrmänner bei Bartenburg den Übergang über die Elbe erzwungen hatten, war der erste Gang dieser Sieger in die Kirche. Sie warfen sich auf die Knie und sangen: „Nun danket alle Gott!“

Auch im Kriege 1870/71 hat der Rindkartsche Gesang nach mancher Schlacht die Herzen zu Gott erhoben. So stimmte man am Tage nach der Schlacht bei Gravelotte, abends, bei dem Dorfe St. Marie aux Chenes das Lied an. Ein Augenzeuge berichtet davon: „Ergreifender kann nichts gedacht werden als das Gebet von Tausenden, die einem vielfachen Tode entgangen sind und sich in dem Ausdruck eines einzigen Gesanges sammelten. ... Als der Gesang verhallte, war manches Auge feucht.“

Auch aus dem Weltkrieg lassen sich Beispiele dafür anführen, daß der Choral: „Nun danket alle Gott!“ gar manches Mal angestimmt worden ist. (Siehe Schwensker, Kriegsfrohlichkeit, Bd. 1, S. 117-119.)

Möchte das Lied, das nun 300 Jahre hindurch von der deutschen evangelischen Christenheit gesungen worden ist, auch weiterhin seine alte Kraft erweisen, und möchte es den Jubelton frohen Dankes in die Kirchen und Häuser hineintragen!

Hfr. Drüner-Hersfeld.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Duttel, Anzeigen: A. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Sendungen Postfachkonto: Hannover 87377. „Aufwärts“, christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Nun kl
Das all
Ein m
Durch
Du selb
Du wuß
Er zw
Wie er
Nun kl
Daß all
Und la
Ob es i

Das i
demem

Ein noch
darüber Klage
vier Jahrzehnt
und er meint,
denn eine Kir
Lieder singen
fingel“ so we
die Grundstin
der Dankbarke
das wahrlich
ter unerträgli
unter unabse
schweren Erd
Stirn, am bel
bricht es uns
quidenden W
ten? Es fehlt

Danken ist
hatte recht, w
und gelernt se
bern vom Dan
So, daß man
Erleichterung
Himmel nimm
Weg zur Höh
nen kommt d
rade zur rech
Christen, der
Reichthum etw
sei Dank für
Christus selbe

Wie fördern
Menschen! Da
flecken des V
heit, die an d
kranke und f
als solche, die
Danken mach
erwacht in un
Tage und son
nur dann ges
sie als unvert
danken verbi
danken geleri
tereinander b
mehr. „Dank
Zinsen trägt“

Wer Gott
kann wirklich
denn er legt
eingestellt ist,
antwortlich.
Schmerzense
und Enttäusch
kette von vie
keit Gottes.
Abgesang nic